

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
"Tagblatthaus".

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach-Nr. 1403.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

"Tagblatt" Nr. 650-53.  
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postfach-Nr. 1403.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.40 monatlich, Mt. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn, Mt. 6.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, auswärts durch Postgebühren. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Poststelle, Postfach-Nr. 19, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld die dortige Hauptstelle und in den benachbarten Landorten und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Träger.

Einzelnen-Preis für die Zeile: 25 Btg. für örtliche Anzeigen, 50 Btg. für auswärtige Anzeigen, Mt. 1.75 für örtliche Anzeigen, Mt. 3. — für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unwesentlicher Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Entwurf: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Samstag, 28. Juni 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 232. • 67. Jahrgang.

## Der Tag des Friedens.

Müller und Dr. Bell in Versailles.

mz. Berlin, 28. Juni. Laut „Lokal-Anzeiger“ trafen die deutschen Delegierten mit Extrazug heute nacht 12 Uhr in Versailles an.

### Wann tritt der Friedensvertrag in Kraft?

mz. London, 27. Juni. (Reuter.) Der Friedensvertrag wird vor Ablauf eines bestimmten Zeitraumes, wahrscheinlich drei bis vier Wochen, nicht in Wirksamkeit treten. Der Ausschuss ist dadurch verurteilt, daß der Vertrag von den Parlamenten der einzelnen Länder ratifiziert werden muß. Die gegenwärtigen Kriegsmassnahmen einschließlich der Blockade werden daher während der Zwischenzeit zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung in Kraft bleiben.

### Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen nach der Unterzeichnung.

mz. Versailles, 28. Juni. Der „Matin“ meint, daß durch die Unterzeichnung des Friedens das Problem der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland akut werde. Es sei unstatthaft, jegliche Einfuhr aus Deutschland zu verhindern zu wollen, denn Frankreich brauche zahlreiche Produkte, welche Deutschland herstelle. Ferner muß man Deutschland absetzen zu arbeiten, damit es keine Kriegsschuld bezahlen könne. Wohl aber müsse man sich vor wirtschaftlichen Invasionen durch geeignete Maßnahmen gegen Deutschland schützen. Der Handelsminister habe ein Sachverständigen für Rheinland aus Vertretern des Gewerbes berufen, welches der Regierung angeben soll, wie groß der französische Bedarf an deutschen Industrieprodukten ist und welche Preise im Ausland und Frankreich für diese Produkte gezahlt werden. Dieses Sachverständigen soll darüber wachen, daß die französische Industrie nach Möglichkeit gehoben, daß die Einfuhr nach Frankreich herabgesetzt und die Ausfuhr gehoben werden kann. Das Sachverständigen soll die Lösung des durch die Wiedereröffnung des Handels mit Deutschland auftauchenden Problems viel beitragen können.

### Neutrale Pressbestimmungen zur Friedensunterzeichnung.

Schweizer Blättermeldungen.

Rüsch, 24. Juni. Das Wort „Friede“ wird heute in der Schweizer Presse fast ohne jede Freude ausgesprochen. Da es kein Wort, das etwas verlangt, Deutschland hätte in seiner gegenwärtigen Lage die Friedensbedingungen nicht annehmen sollen. Wohl hätte es die Unterzeichnung verweigern müssen, wenn es sie hätte verweigern können. Keiner der Gegner der Unterzeichnung könnte jedoch, wie der „Bund“ betont, den Beweis erbringen, daß aus der Nichtunterzeichnung wirklich eine Besserung der Lage zu erwarten gewesen sei. Aber ein untrügliches Gefühl sagt, wie die „Nationalzeitung“ schreibt, allen Menschen, daß das, was sich jetzt vollzieht, nur der Frieden scheint, ohne es zu sein, daß er nur den ersehnten Namen mißbraucht und profaniert und im günstigen Falle nicht mehr ist als das Aufhören des offiziellen Kampfes. Das Jauchzen, das durch die befreite Welt am Tage eines wahrhaftigen Friedensschlusses gegangen wäre, fehlt unabweisbar.

Nach die Blätter der Ostschweiz, das Luzerner „Vaterland“ oder das „St. Galler Tagblatt“ glauben nicht an eine lange Dauer eines solchen Friedens und hoffen auf eine folgende Änderung. In der Frage der Kriegsschuld meint das St. Galler Blatt, werde Deutschland durch das spätere Geschick beurteilt werden. Der europäische Geist werde sich wieder finden, und er werde dafür sorgen, daß nicht alles zum Ende ausgeht werden muß, was Egoismus vorzuschreiben sich nicht verweigern konnte. Der Luzerner folger Revision werde dann offen klar sein als ein Nutzen für alle. Die schweizerische „Ostschweiz“ schreibt: „Gewiß, es ist ein furchtbar bitter Friede. Aber es ist immerhin ein Friede und damit die Grundlage zu neuem Aufbau und zu neuer glücklicher Zukunft. Heute gilt es über dem Ruin alten geschwundenen Monarchen ein neues deutsches Reich und eine neue deutsche Kultur zu erbauen. Ein neues Zeitalter für Deutschland bricht an, in welchem der Weg unglücklich beschwerlich von tiefen Niederungen zu den Höhen führen wird. Aber es wird immerhin ein Erdlandweg werden, wenn das deutsche Volk und seine Führer in der furchtbaren Passion, die sie durchgemacht haben, auch innerlich andere Menschen mit geläuterten Idealen geworden sind.“

Die langangehende Stimme der Westschweiz, das „Journal de Genève“, sagt offen, dieser Friede sei nicht der, auf den man uns hoffnungsvoll gemacht habe. Er bringe die alten Wunden, die wir durch den Krieg erlitten haben, nicht in den Händen der Deutschen, aber Langzeit in den Händen der Polen. Die Ardennen habe ihr Lager geöffnet. Die Entschädigung sei allgemein, und auf die Frage, ob dieser Friede dauerhaft sein werde, müsse man mit der Sprichwörtlichen Vorsicht der Italiener antworten: Chi lo sa. Dieser Friede sei nicht ein Ende, sondern ein Ausgangspunkt und müsse so angesehen werden. Er werde das sein, was wir mit der notwendigen Klarheit aller Menschen ohne Ausnahme und ihm machen werden.

## Churchill für den Friedensschluß mit dem deutschen Volke.

Amsterdam, 24. Juni. Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet aus London: Minister Churchill hat im „Weekly Dispatch“ einen bemerkenswerten Artikel über die auswärtige Politik Großbritanniens geschrieben. Er tritt darin für freundschaftliche Beziehungen mit Amerika, für Unterstützung Frankreichs und für den Friedensschluß mit dem deutschen Volke ein, dem, nachdem es Buße getan hat und einen neuen Geist beweist, ehrlieh die Gelegenheit gegeben werden soll, sich wieder mit der übrigen Welt auf gleichen Fuß zu stellen. Zum Schluß fordert Churchill die Unterzeichnung der Nacht in Russland, die die Vernichtung der bolschewistischen Tyrannei zum Ziel hat und Russland auf eine breite, wohlhabende demokratische Grundlage stellen will. In der nächsten Ausgabe des „Weekly Dispatch“ wird Churchill einen Artikel über Rüstungen und Finanzen schreiben. — Im Hinblick auf die Auslassungen Churchills fragt man sich, ob Churchill vielleicht nach dem freistehenden Washingtoner Botschafterposten oder gar nach dem Posten des ersten Ministers strebt.

### Die Internationale und der Friedensvertrag.

Gaan, 27. Juni. Aus Southworth wird gemeldet: Die hier tagende sozialistische Arbeiterkonferenz unter dem Vorsitz Ramsay MacDonalds hat eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß die Konferenz der Ansicht sei, daß die schnelle Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und die sofortige Revision der Bestimmungen des Friedensvertrags notwendig sei. Die Entschließung appelliert an die Arbeiterbewegung aller Länder, die im Zusammenhang mit der Internationale in eine gemeinsame Aktion eintreten solle. Das Parliamentsmitglied Clunes, das die Resolution unterstützte, sagte, der Völkerbund dürfe kein Bund der Sieger bleiben. Die unterliegenden Völker müßten darin aufgehen werden. Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen. Weiter hat die Konferenz eine Resolution angenommen, in der sie ihre Befürchtungen über die Wirkung der Blockade auf Mittelamerika ausdrückt und dagegen protestiert, daß der Friedensvertrag eine Unterbrechung der Industrie in ganz Europa und für eine oberste internationale Aufsicht über Produktion der Rohmaterialien und Lebensmittel zu treffen.

### Die Verhandlungen mit der Türkei.

mz. Versailles, 27. Juni. „Petit Parisien“ meldet, daß Clemenceau namens der Friedenskonferenz dem Vorsitzenden der türkischen Delegation eine Antwortnote zukommen ließ, worin Clemenceau daran erinnerte, daß die Türkei gemäß der Denkschrift der türkischen Delegation keinen Grund zu einem Konflikt mit den Ententemächten habe, sondern lediglich als gefügiges Werkzeug Deutschlands in den Krieg gezogen sei. Clemenceau erklärte, daß die These der türkischen Delegation, wonach die Verantwortung für die erbarmungslose Zerschlagung und die unerhörten Greuel den jetzigen Führern des türkischen Volkes nicht zur Last gelegt werden dürfen, für die Alliierten unannehmbar sei. Auch müsse die Türkei die Folgen des verlorenen Krieges auf sich nehmen. Die völlige territoriale Wiederherstellung der Türkei sei gleichfalls unmöglich, da die Türkei sich stets unfähig erwiesen habe, fremde Völker, welche sie beherrschte, friedlich weiter zu entwickeln. In allen Gebieten, die die Türkei mit den Waffen erobert habe, sei die materielle Wohlfahrt und die Kultur gesunken. Auch das Argument der türkischen Delegation, wonach das islamitisch-türkische Reich unzerstörbar erhalten werden müsse, weil es der Träger des religiösen Gedankens des Islams sei, könne von den Alliierten nicht angenommen werden. Die ganze Kriegsgeschichte zeige, daß dieses Argument auf nichts beruhe. Welches könne denn die religiöse Bedeutung des Islams sein, in welchem das protestantische Deutschland, das katholische Österreich, das orthodoxe Bulgarien und die mohammedanische Türkei sich verbündet hatten, um ihre Nachbarn auszulandern? In dieser ganzen Angelegenheit seien die auf Befehl der türkischen Regierung erfolgten Armenienmassaker die einzige Belandheit gewesen, bei welcher man den mohammedanischen Fanatismus als Ursache hatte finden können.

### Zur Verleitung der deutschen Schiffe in Scapa-Flow.

mz. Amsterdam, 27. Juni. Die englischen Blätter vom 25. Juni bringen eine amtliche Meldung der britischen Admiralität über die Vorgänge auf dem britischen Kriegsschiff „Revenge“ nach der Besetzung der deutschen Flotte. Am Sonntagmorgen hielt der englische Admiral Fremantle eine Rede in die auf dem Kriegsschiff aufgestellten deutschen Seemannschaft, in der er von einer vortrefflichen Handlung sprach. Der deutsche Kontradmiraal v. Reuter erwiderte, daß er allein verantwortlich sei. Er habe das getan, was jeder britische Seemann unter den gleichen Umständen getan haben würde. Er würde es jederzeit wieder tun. Die deutschen Offiziere und Matrosen marschierten singend, wie englische Blätter melden, und hochmütig inmitten der sie bedrohenden Bevölkerung in die Gefangenengaler.

mz. Amsterdam, 27. Juni. Der „Daily Telegraph“ vom 25. Juni meldet, daß die Nachricht, es sei beschlossen worden, Admiral v. Reuter vor ein Kriegsgericht zu stellen, unbegründet oder mindestens sehr früh sei.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Juni. Aus Köln wird der „Vossischen Zeitung“ berichtet: Folgende Erleichterungen werden nach einer Bekanntmachung des britischen Militärgouverneurs alsbald nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Kraft treten: Der Fernverkehr wird in vollem Umfang wieder gestattet. Die Beschränkung auf persönliche, Presse- und amtliche Gespräche wird aufgehoben. Der Telegrammverkehr im besetzten Gebiet sowie mit dem übrigen Deutschland wird in vollem Umfang zugelassen und die Begründung der Dringlichkeit durch den Bürgermeister sowie die Vorlegung der Telegramme bei der britischen Zensur kommen in Wegfall. Das Verbot der Versendung von Briefkästen wird aufgehoben. Alle übrigen Bestimmungen hinsichtlich des persönlichen Ausweises, der Reisepässe und die Bestimmungen hinsichtlich der drablosigen Telegraphie bleiben in Kraft. Alle Briefe und Postkarten unterliegen auch weiterhin der Zensur der britischen Behörde. Der Gouverneur macht darauf aufmerksam, daß diese Bestimmungen erst einen Tag nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Kraft treten.

Mainz, 27. Juni. Die Einfuhr aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet ist mit sofortiger Wirkung durch die französischen Behörden hier wesentlich erleichtert worden. Insbesondere ist die Reise der Güter und Waren, die ohne Frachtlage einer besonderen Einfuhrerlaubnis aus dem unbesetzten Deutschland in das Gebiet der sieben französischen Armeekorps eingeführt werden dürfen, vereinfacht worden. Darunter fallen jetzt auch lebende Tiere, Produkte und Häute von Tieren sowie alle für die Industrie erforderlichen Rohstoffe.

### Der amerikanische Ertrag für die Besatzungsarmee.

mz. Washington, 28. Juni. (Reuter.) Für den Dienst in Europa meldeten sich 70 000 Freiwillige. Diese Zahl ist ausreißend zum Erfah der Mannschaften der Besatzungsarmee.

### Rückkehr Deutscher aus Amerika.

mz. Amsterdam, 28. Juni. Die der „Telegraaf“ aus Paris meldet, werden die Vereinigten Staaten allen internationalen Deutschen, die in die Heimat zurückkehren wollen, die Rückkehr gestatten. Der erste Transport geht am 28. Juli nach Rotterdam ab. Darunter befinden sich auch mehrere Offiziere der Handelsflotte.

### Scheidemann Oberpräsident von Hessen-Nassau?

Berlin, 27. Juni. Wie verlautet, wird an auständiger Stelle erwogen, den bisherigen Reichsministerpräsidenten Scheidemann zum Oberpräsidenten seiner Heimatprovinz Hessen-Nassau zu ernennen.

### Die neuen inneren Schwierigkeiten. Verhängung des Reichsbelagerungszustandes.

Berlin, 27. Juni. Das Reichskabinett hat sich gestern Abend, wie die „Korrespondenz“ hört, mit der kritisch gewordenen Lage befaßt. Es ist die Verhängung des Reichsbelagerungszustandes erwogen worden, falls sich diese Maßnahme als notwendig erweisen sollte.

### Die Lage in Hamburg.

mz. Hamburg, 27. Juni. Nach einem Bericht der Presseabteilung des Kommandos von Veltow-Borbeck vom gestern Abend beschlossen die Unabhängigen einen Einzug der Truppen in die Stadt vorzuführen. Bald waren die schwachen Posten der vordersten Linie von einer feindlich gesinnten Menschenmenge, darunter Frauen und Kinder, umringt. Dadurch in dem Gebrauch ihrer Waffen behindert, zogen sich die Truppen, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, zurück. Wenn der politischen Normarsch gegen die Stadt, der jedenfalls mit starken Kräften vor sich gehen wird, erfolgt, ist noch nicht bestimmt. In erster Linie sind es Schleswig-Holsteiner und Brandenburger die gegen die Stadt marschieren; aber auch Sachsen und Bayern haben starke Kontingente gestellt.

mz. Hamburg, 27. Juni. Am heutigen Nachmittag wurde der Hauptbahnhof von der Reichswehr besetzt. Die dort postierten schwachen Kräfte wurden jedoch von der sich anammelnden Menschenmenge zurück-





# Die wirtschaftliche Notlage der Stadt Wiesbaden.

## Eine Rede des Herrn Oberbürgermeisters Gläpping zur Etatsberatung.

### Stadtverordnetenversammlung

vom 27. Juni 1919.

Es war gestern ein großer Tag im Rathaus, der überaus würdig und einflussvoll mit einer einmütigen Kundgebung für die Lebensinteressen unserer Vaterstadt, für die völlige Freigabe des Kurbesuchs nach Wiesbaden, schloß. Anwesend waren unter dem Vorsitz des Herrn Justizrats Siebert 35 Stadtverordnete; auch Herr Oberst Leroy wohnte als Vertreter der französischen Besatzungsbehörde der Sitzung, wie üblich längere Zeit bei. Der erste Punkt der Tagesordnung „Beratung und Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919“ gab dem Oberbürgermeister

### Herrn Geh. Oberfinanzrat Dr. Gläpping

willkommene Gegebenheit, eine erschöpfende Darstellung über die unhaltbare wirtschaftliche Lage der Stadt Wiesbaden zu machen. Er führte folgendes aus:

Meine Herren! Ich muß heute Ihre Aufmerksamkeit vielleicht etwas länger in Anspruch nehmen, weil ich mich für verpflichtet halte, nicht nur die Finanzlage der Stadt und den Vorschlag zur Erörterung zu bringen; es ist diesmal auch die wirtschaftliche Lage unserer Erwerbstätigen und der arbeitenden Bevölkerung, die die größte Beachtung verdient.

Der vollständige militärische, staatliche und volkswirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands hat naturgemäß seine starke Einwirkung auf die städtische Wirtschaft ausgeübt, die ja ein Teil der deutschen Volkswirtschaft ist. Die Vorgänge im Reich spiegeln sich auch im Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden wider, in anderer Form, aber aus den gleichen Ursachen. Die Stadt Wiesbaden wird in ihrer Vergangenheit keine Zeit kennen, in der ihre finanzielle Lage so ernst und ihre wirtschaftliche Lage so schwer war. Der Ihnen vorliegende

### städtische Haushaltsplan

schließt in Brutto-Einnahmen und Ausgaben ab mit über 34 Millionen Mark. Er weist von einem Jahr zum anderen eine Steigerung von 13 Millionen Brutto-Einnahmen und Ausgaben auf und gibt allein mit diesen Zahlen schon ein Bild über die Folgen des verlorenen Kriegs, die im Reich durch einen verhängnisvollen Ausbruch, der ohne die Lasten des Friedensvertrags mit einem Jahresüberschlag von über 20 Milliarden, im preussischen Staat mit einem Jahresüberschlag von über 2½ Milliarden, also mit Reichsbeträgen abschließt, deren Umfang weit außerhalb unseres Vorstellungsbereichs liegt.

Das starke Anwachsen der Brutto-Ausgaben unserer Verwaltung gegenüber dem Vorjahr ist im wesentlichen begründet durch über 4¼ Millionen betragende Mehrausgaben der Wasser- und Lichtwerke als Folge der außerordentlichen Steigerungen der Kohlenpreise und der Löhne und ferner von 5,55 Millionen Mehrausgaben bei der Überschuss- und Zuschußverwaltung, die sich als Folge der Besoldungsreform, von Teuerungszulagen und Mehrausgaben gegenüber dem Vorschlag 1918 ergibt.

Die Aufgabe für den Vorschlag war zunächst, festzustellen, wie hoch sich denn der zur Zeit der Aufstellung des Vorschlags nachgewiesene Mehrbedarf beläuft, der nach guten und anerkannten Grundsätzen vorsichtiger Finanzverwaltung auf den ordentlichen Vorschlag zu bringen und durch neue Steuern und Gebühren zu decken sei. War das Bild vor dem Zusammenbruch der Front noch halbwegs günstig, so änderte es sich nach jenen unvollständigen Novembertagen und dem Rückmarsch des Heeres in einer kaum zu erwartenden Weise. 8 Millionen Männer kamen auf den Arbeitsmarkt, fortgeschrittene Klassen stürzten die Produktion, eine außerordentliche Teuerung begann einzusetzen. Die Besoldungsreform mußte mit 750 000 M. Mehrbedarf eingestellt werden; und die fortgesetzte zunehmende Teuerung brachte zu den vor dem Zusammenbruch schon gewährten 3 Millionen Mark Teuerungszulage neue 3¼ Millionen (eigentlich 4 Millionen, da ½ Million bei den Wasser- und Lichtwerken für die dort tätigen Beamten und Arbeiter veranschlagt ist). 350 000 M. kostete die Einführung des Achtstundentags, 1 175 000 M. mußten als Verzinsung der bis dahin angekauften Kriegsschuld vorzusehen werden, und dabei konnte an Einstellung einer Tilgungsquote bis heute noch nicht gedacht werden; 3 Millionen Mark mußten vorgesehen werden für Rotstandsarbeiten, die wir im Frieden stets durch laufende Mittel gedeckt haben; auch dieser Betrag ist inzwischen überschritten worden; ich komme später darauf zurück; 1 Million Mark mußten mindestens als Verschönerung der einzelnen Gassen angenommen werden, die durch den Zusammenbruch hervorgerufen wurde, und schließlich mußte man mit positiver Sicherheit darauf rechnen, daß im Lauf des Jahres 1919/20 für die Abwicklung der Kriegswirtschaftspflege, für Zubußen zu der Rohstoffmangelversorgung, für die Erwerbslosenfürsorge und sonstige Notstandsaktionen 4 Millionen Mark Ausgaben zu erwarten seien.

Das gegebene Bild war mehr wie düster und schloß mit einer Summe von über 16¼ Millionen Mark, die in den Vorschlag eingestellt, zu einer Gemeinde-Einkommensteuerrückbildung von 500 Prozent geführt hätten, also zu einer Steigerung um 400 Prozent.

Man braucht nicht zu begründen, daß ein solcher Gedanke bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht verwirklicht werden kann. Man hat schließlich 3 Millionen Mark Teuerungszulagen, 11 Millionen Mark Gehalts- und Lohnzuschüssen, die Mehrkosten der Verköstigung der Arbeitssitzung und 1,95 Millionen Mark Mehrausgaben gegenüber dem Vorschlag, insgesamt 5,95 Millionen Mark auf den ordentlichen Vorschlag gebracht, ferner noch 1,175 Millionen Mark Verzinsung der Kriegsschuld, also im ganzen 6,525 Millionen Mark. Von diesem Mehrbedarf sind, wie Sie sich aus dem Vorschlag übersehen können, durch die Erhöhung der Einkommensteuer um 110 Prozent (also auf 270 Prozent), durch Erhöhung der Grundsteuer von 2 pro Mille auf 2¼ mit 375 000 M., durch Erhöhung der Konsumsteuern um ¼ mit 110 000 M., durch natürliche Mehreinnahmen aus der Umsatz- und Wertzuwachssteuer (90 000 + 9400 Mark), durch Gebühren, die uns für die Erhebung der neuen Reichsteuern zufließen (280 000 M.), durch kleine Erhöhungen der Luftverkehrssteuer (10 500 M.) und einige Tarife- und Gebührenerhöhungen kleinen Umfangs insgesamt 5,275 Millionen Mark gedeckt worden während der Zeit von 1,25 Millionen Mark durch noch zu beschaffende Tarifierhöhungen gedeckt werden soll. Diese Tarifierhöhungen sind noch zu genehmigen, sie betreffen die notwendige Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität infolge der neuen Kohlenpreissteigerung, die Kurze

städtisch ist (hier erscheint die Erhöhung als Folge der allgemeinen Erhöhung des Tarifs der S. E. G. infolge von Lohnsteigerungen); auch ist die Erhöhung der Luftverkehrs- und Witterungssteuer auf das Doppelte in Aussicht genommen als Ausgleich für den Ausfall von 180 000 M., der für die vorgeschlagene Steuerfreiheit der Einkommen bis 1500 M. eintreten wird. Es verbleiben, wenn jene 6¼ Millionen Mark Mehrbedarf gedeckt sind, immer noch nahezu 10 Millionen Mark des tatsächlichen Mehrbedarfs auf Kriegskredit zu buchen, was im nächsten Jahr zu einer Vermehrung unserer Schuld um 10 Millionen Mark führen wird. Darunter befinden sich 8¼ Millionen Mark Teuerungszulagen. Das heißt also, daß von den im ganzen eben zur Auszahlung kommenden jährlich 7 Millionen Mark Teuerungszulagen (3 Millionen stehen auf dem laufenden Etat, ¼ Million Mark auf dem Etat der Wasser- und Lichtwerke, 3 Millionen Mark auf Kriegskredit) 4 Millionen Mark durch Aufnahme von Schulden bezahlt werden; das ist natürlich ein nicht haltbarer Zustand. Hier kann nach Eintreten der Abnahme der Lebensmittelpreise nur der Abbau der Teuerungszulagen helfen.

Das ist so ungefähr das Bild, das sich aus dem Vorschlag ergibt; es ist ein Bild, das sich klar ergibt aus der Tatsache, daß die ungeheuren Kriegsausgaben der städtischen Verwaltung, auf die ich im einzelnen noch kurz zurückzukommen, einen auch nur schwachen Ausgleich in erhöhten Einnahmen nicht finden konnten, daß im Gegenteil zugleich auch infolge des Rückgangs der wirtschaftlichen Kraft unserer Erwerbstätigen ein außerordentlicher Rückgang unserer Einnahmen stattgefunden hat.

Um die gesamte Lage in Ursache und Wirkung verständlich zu machen, darf ich vielleicht noch kurz folgende Einzelheiten geben:

### Zunächst der Stand unserer Schulden.

Am 1. April 1914, also vor dem Krieg, betragen unsere Anleihe-Schulden rund 57 Millionen Mark; zu diesen traten während des Kriegs noch 4 Millionen Mark aus der Anleihe von 1912, die für die Abrechnung des Museums, der Landesbibliothek und anderer Bankgeschäften erforderlich waren. Diese 61 Millionen Mark Friedensschuld sind durch Zügelungen während des Kriegs auf 52 Millionen Mark vermindert worden; es ist also hier eine Verbesserung um 9 Millionen Mark zu verzeichnen. Nun zur Kriegsschuld; diese betrug am 31. März 1919 rund 45¼ Millionen Mark; es muß dieser Schuld aber eine gleichzeitige Vermögenszunahme gegenübergestellt werden im Betrag von 27¼ Millionen Mark, bestehend in Bauten und Materialvorräten, Kriegsanleihen, Beteiligung bei Kriegsgesellschaften und 2¼ Millionen Mark Vorlagen für das Reich, Besatzungsstellen, Quartiergeldern usw.; den Kriegsanleihen haben wir noch 4 Millionen Mark im Besitz von insgesamt 13 Millionen Mark gezeichnete und gekaufte Anleihe, 2 Millionen Mark sind jetzt ohne neuverkauften Verlust vor längerer Zeit verkauft worden.

Das Reich hat seine Verpflichtungen gegen und hinsichtlich der Stadt erfüllt; es waren ja Millionen von Vorlagen für das Reich aufzukaufen; nur über ein haben wir wie alle Gemeinden zu klagen, über den Richtsatz der hohen Zinsen zum einen, die durch die ehemals 40 Millionen Mark übersteigenden Vorlagen aufgewachsen sind, und über die Tatsache, daß die Zinsverluste, die während des Kriegs durch die für die gesamte Kriegswirtschaft gezahlten Gehälter und Löhne des Kriegspersonals und sonstige außerordentlich hohe sachliche Ausgaben entstanden, bis jetzt nicht wieder ersetzt worden sind. Wir werden nicht verfehlen, hier immer wieder vorzulegen zu werden.

### Im Vordergrund des Interesses stehen natürlich auch die Ausgaben für die Kriegswirtschaftspflege,

die vom Kriegsbeginn bis zum 31. März 1919 über 82 Millionen Mark betragen, von denen vom Reich bereits 22 Millionen Mark zurückerstattet sind, während auf die Stadt bis jetzt 8¼ Millionen Mark entfallen. Für Erwerbslosenfürsorge sind bis zum 31. Mai 2 992 000 M. zur Auszahlung gelangt, von welchem Betrag die Stadt ¼ mit 398 747 M. zu zahlen hat; der Reichanteil ist bereits zurückerstattet. Für die vollendeten, begonnenen und zur Ausführung genehmigten Rotstandsarbeiten ist ein Kapitalaufwand von 3¼ Millionen Mark nötig; hierunter sind 3 Millionen Mark Löhne. Beschäftigt wurden seit Anfang Dezember 1918 durchschnittlich für den Tag 1110 Arbeiter; zurzeit sind 1198 Rotstandsarbeiter bei der Stadt in Arbeit. Die 2 992 000 M. betragenden Übertenerungskosten (Mehrkosten gegenüber den Friedenslöhnen der Arbeit) sind zu ¼ vom Reich und dem Staat zu tragen. Im Dezember 1918 hatten wir 4500 Arbeitslose, jetzt noch 2400. Die Lage ist im ganzen Reich die gleiche, in vielen Städten nur noch viel schlimmer; die plötzliche Demobilisation von 8 Millionen Männern, der Stillstand der Industrie und die Lohnsteigerung infolge der hohen Lebensmittelpreise haben diesen furchtbaren Zustand geschaffen.

Wer sich einen Begriff machen will, wie die Lebensmittelpreissteigerung, die Lohnsteigerung und die Tatsache, daß die Städte während des Kriegs Hunderte beschäftigten mußten, um die Zwangswirtschaft mit festem allem zum Leben, zur Bekleidung, zur Beschaffung von Kriegsmaterial usw. Nötigem durchzuführen und nach dem Zusammenbruch die Arbeitslosigkeit durch Rotstandsarbeiten usw. zu bekämpfen, der vergleiche

### die Summe an Gehältern, Löhnen und Pensionen,

die wir 1914 gezahlt haben, mit denen, die wir zurzeit zahlen müssen. 1914 beschäftigten wir 2000 Beamte, Hilfskräfte und Arbeiter mit einer Gesamtlohn- und Gehaltsausgabe von 5 165 000 M.; 1919 einschließlich rund 1000 Rotstandsarbeitern 4000 Beamte, Hilfskräfte und Arbeiter mit einem Gesamtgehalt und Lohnaufwand von 19 260 000 M. Es liegt also zurzeit eine Steigerung an Ausgaben allein auf diesem Gebiet von nicht weniger als 13 785 000 M. vor. 1914 betragen diese Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung 52 M., heute 112,50 M., also 140,50 M. mehr.

Daß die Stadt solche Leistungen auf die Dauer nicht vollbringen kann, weiter noch der Zahl der Arbeiter noch nach der Lohnhöhe, bedarf keiner weiteren Begründung; ich nenne die Zahlen, um diejenigen, die immer und immer wieder weitere Forderungen an die Stadt stellen, zu überzeugen, daß wir mit unseren Kräften am Ende sind, aber auch, um zu überzeugen, daß von der Stadt das Äußerste geleistet wurde, und daß es wirklich nicht angeht, der Stadt neue Zumutungen zu stellen und Forderungen, die sie einfach nicht mehr erfüllen kann.

In unserer Kriegswirtschaft sind allein 104 Millionen umgelegt worden, an Rohstoffen und verkauft worden; des

Verlust für Zubußen der Stadt für die billigere Abgabe der Lebensmittel schätze ich auf etwa 2 Millionen Mark. Dazu kommen die großen Verluste der Stadt an vielen ihrer Einnahmen; der Rückgang der Umsatz- und Wertzuwachssteuer; das Elektrizitätswerk schätzte den ihm während des Kriegs entgangenen Gewinn auf 1¼ Millionen Mark, das Gaswerk auf 1¼ Millionen Mark. Dazu kommt, daß während des Kriegs aus den Lieferungen der Wasser- und Lichtwerke entnommen werden mußten. Die Verluste an Kurtagen und Vabereinnahmen, auf die ich später zurückzukommen, sind auf rund 8¼ Millionen Mark zu schätzen. Dabei blieb das Staatssteuerverfall der Einkommensteuer, zu dem wir unsere Zuschläge als Gemeinde-Einkommensteuer erheben, infolge der schlechten Wirtschaftslage in den Jahren 1916, 1918 und 1917 hinter dem Soll von 1914 zurück; sich natürlich erhebende Einnahmen standen der Stadt überhaupt nicht zur Verfügung.

### Eine neue Gefahr droht dem Ertrag unserer Einkommensteuer durch die beabsichtigte Vermögenskonfiskation.

Ich habe den Herrn Vorsitzenden der Veranlagungskommission gelehrt, mir einmal festzustellen, welcher Gesamtbetrag auf die Vermögen über 100 000 M. in Wiesbaden entfällt, und welcher Verlust an Einkommensteuer eintreten würde, wenn diese Vermögen mit einer Steuer belegt würden, die 26 Prozent des Vermögens wegnimmt. Die Berechnung ging dahin, daß 95 000 M. Einkommensteuer in Wegfall kommen würden, was wiederum zu einer Erhöhung der Einkommensteuer um 20 Prozent führen würde. Dabei ist die Wirkung der Vermögenssteuer auf die Vermögen unter 100 000 M. gar nicht berücksichtigt. Sie sehen, meine Herren, daß ich mir die Lage nach jeder Richtung klar gemacht habe, und ich glaube, daß Sie mir zustimmen, wenn ich meine, daß wir die uns drohende Übernahme des Rassauffischen Landes-theaters und der Polizei auf die Stadt — die uns wiederum mit jährlich mindestens 1¼ Millionen Mark belasten müßte — vorerst ohne weiteres ablehnen und uns mit allen Mitteln gegen solche Versuche wehren müssen.

Man ist auch, daß bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage der vorgeschlagene Gemeindesteueraufschlag von 270 Prozent nicht überschritten werden kann; man darf nicht vergessen, daß auch die Staatssteuer sich wesentlich erhöht und daß weiter direkte und indirekte Steuern vom Reich in Aussicht stehen.

Das ist es, was ich über die finanzielle Lage und den Vorschlag zu sagen hätte, die natürlich eine wesentliche Besserung erfahren würden, wenn die Voraussetzungen für unsere wirtschaftliche Lage andere werden, wie sie jetzt gegeben sind. Ehen deshalb und aus anderen Gründen muß ich über diese wirtschaftliche Lage, meine Herren, ein kläres Wort sprechen.

Die wirtschaftliche Lage der Erwerbstätigen unserer Stadt ist eine außerordentlich ernste; war sie schon während des Kriegs eine überaus schwere, so würde sie unhaltbar werden, wenn die Erleichterungen, unter denen sich das wirtschaftliche Leben während der Besetzung vollziehen mußte, nicht beseitigt würden.

Ich bin mir meiner Verantwortung vollkommen bewußt, wenn ich noch eingehender Prüfung und reiflicher Überlegung aller hier zu berücksichtigenden Faktoren sage, daß wir wirtschaftlich und finanziell zugrunde gehen müssen, wenn für die wirtschaftliche Entwicklung nicht wieder die Grundlagen geschaffen werden, wie sie vor dem Krieg bestanden haben; ich meine mit diesen Grundlagen den uneingeschränkten Verkehr vor Personen, Waren, Materialien mit dem unbesetzten Deutschland, den ungehinderten Fremdenverkehr, der ungehinderten Waren- und Austausch und Rohstoffbezug mit dem unbesetzten Gebiet; und ich sollte annehmen, daß diese die wirtschaftliche und finanzielle Kraft Wiesbadens auf die Dauer allein erhaltende Förderung der offenbar von Frankreich beabsichtigten Durchführung eines härteren Handelsverkehrs nicht im Wege stehen dürfte.

Meine Herren, ich habe gesagt, daß ohne Wiederherstellung der vor dem Krieg bestanden wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt Wiesbaden und ihrer Erwerbstätigen, ohne die Möglichkeit freier wirtschaftlicher Entfaltung nach dem unbesetzten Deutschland hin die wirtschaftliche und finanzielle Kraft unserer Stadt verheeren müßte; ich habe die Pflicht, diesem Satz eine klare Beweisführung folgen zu lassen. Ich will diese Beweisführung geben von dem Gesichtspunkt unserer wesenlichen wirtschaftlichen Faktoren aus; ich will von der Lage der Kur- und Fremdenindustrie sprechen, von Handel und Gewerbe, von den Interessen der Stadt an neuem Bezug und von der uns schwer bedrückenden Sorge um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, von der Not des Volkes, das bei den hohen Lebensmittelpreisen nicht bestehen kann und sich infolge des Mangels an Kleidung und so vielem zum einfachsten Leben gezwungen, infolge der Entbehrungen dieses furchtbaren Kriegs in einem Zustand befindet, der es nicht zur Ruhe und Sammlung kommen läßt.

### Ich will beginnen mit

### der Lage der Kur- und Fremdenindustrie.

Ich werde Ihnen hier sorgfältig berechnete und geprüfte Zahlen nennen, die die gegebene Lage geradezu trostlos erscheinen lassen. Ich führe meine Berechnungen auf nachgewiesene Zahlen und vermeide jede Übertreibung; ich gebe aus von dem Fremdenverkehr des Jahres 1913, des letzten Friedensjahres, in dem 162 108 Fremde Wiesbaden aufsuchten; dies Jahr ist ein normales und erreicht noch nicht einmal frühere Fremdenziffern, wie beispielsweise die des Jahres 1909, das mit 201 000 Besuchern abschloß.

Unser Zugrundelegung der Besuchsziffer von 1913 für die Zeit vom Kriegsausbruch bis zur Besetzung durch die französischen Truppen, also für eine Zeit von 4 Jahren und 4¼ Monaten würde sich, wenn Frieden geblieben wäre, eine Besuchsziffer von 545 487 Personen ergeben haben, während tatsächlich in dieser Zeit nur 398 270 Fremde und Postkassen anwesend waren; es ergibt sich somit ein Ausfall von 449 167 Fremden; in Prozenten berechnet, ein Ausfall von über 55 Prozent, also über die Hälfte. Dazu kommt erschwerend, daß in dieser Zeit die Anzahl der länger verweilenden eigentlichen Kurgäste zurückging gegenüber der sich steigenden Zahl der Passanten, die ja einen geringeren wirtschaftlichen Wert infolge ihres kurzen Aufenthalts und der Nichtbenutzung der Kuranstaltungen für die Stadt festsetzten. Daß viele Hotels sich mit Lazaretten begnügen mußten, die ihnen bei der geringen ihnen zufließenden Vergütung und den immer sich steigenden Lebensmittelpreisen kaum die Selbstkosten brachten, will ich nicht unerwähnt lassen. Mit so schweren Verlusten aus 4 Jah-

gen und 4 1/2 Monaten Kriegszeit befristet, trat Wiesbaden in die Zeit der Besetzung, 8 Monate dieser Besetzung...

Im ganzen hatte Wiesbaden also seit Kriegsbeginn, also seit 4 Jahren und 9 1/2 Monaten, einen Ausfall von 520 000 Fremden, also von über 1/2 Million Besuchern.

Man hat geglaubt, besondere Hoffnungen setzen zu dürfen auf die der einwärtigen Zeit von der Besetzungsbehörde ab 1. April d. J. gegebene Bestätigung der Einreise von Personen...

Was das alles für Wiesbaden bedeutet, wenn die Verkehrsbeschränkungen nicht fallen, wird erst recht klar, wenn wir die gewaltigen Verluste an Umsatz und Gewinn berechnen...

rund 12 Millionen Ausfall an Reingewinn für die obgenannte Zeit ergeben. Gemäß kann man gegen diese Berechnung einwenden, daß bei der außerordentlich geringen Kaufkraft des Geldes der Ausfall an Umsatz mindestens auf das Doppelte angesetzt werden kann...

Wir stehen hiernach vor einer unhaltbaren wirtschaftlichen Lage, die sich am besten dadurch kennzeichnet, wenn ich Ihnen sage, daß die gesamte Kur- und Fremdenindustrie...

Daß durch die Zulassung von Personen des besetzten Gebiets nach Wiesbaden eine Besserung nicht zu erzielen ist, und auch bis jetzt nicht erzielt worden ist, geht aus den gegebenen Zahlen hervor...

Die katastrophale Lage der Kurindustrie auch die vielen mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Betriebe und Geschäfte auf das schwerste benachteiligt.

Bei der Schöpfung der hier eingetretenen Verluste will ich mich ebenfalls jeder, auch nur der geringsten Übertreibung enthalten; ich finde für den oft überaus reichen Nutzen, den die hier verkehrenden Fremden im Frieden den Geschäften...

Reingewinn ausfall von rund 2 1/4 Millionen.

Der Gesamtausfall an Verdienst würde sich also seit Kriegsbeginn bei den bescheidensten Annahmen auf einen zwischen 14 und 18 Millionen Mark liegenden Betrag belaufen, der nur insoweit angegriffen werden könnte, als er zu gering bemessen ist...

nöwendigen Reparaturen in den Betrieben vornehmen könnten.

Überblicken Sie diesen bis in die kleinsten Details der wirtschaftlichen Lebens gehenden Niedergang, so können Sie bei den bescheidensten Annahmen den seit dem Kriegsbeginn eingetretenen Verlust an Gewinn auf 16 bis 18 Millionen berechnen...

In dem Budget der städtischen Kurverwaltung.

Meine Herren, wir haben seit dem 1. August 1914 bis zum 15. Juni 1919 an Kurtag über 2 Millionen Mark (2 135 000 M.) verloren, desgleichen an Tagestaxen für Kurhaus, Archimeden und besondere Veranstaltungen 1 175 000 Mark...

Wir arbeiten also seit 6 Monaten mit 6 Prozent der Friedens-Einnahmen in der Kurverwaltung;

ich glaube, es ist nicht nötig, ein Wort weiter zu sagen; die Zulassung von Fremden für das besetzte Gebiet hat nicht das geringste an diesem Zustand geändert; es ist ganz selbstverständlich, daß die städtische Verwaltung bei der Fortdauer dieses Zustandes gar nicht mehr in der Lage ist...

Wenn Sie die noch Millionen gehenden Anlage- und Betriebskapitalien, die die Stadt in ihren Kur- und Badeeinrichtungen steckt hat, berechnen, so würde sie — insbesondere, da jetzt die außerordentlichen Verluste mit außerordentlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen...

Daß die städtische Verwaltung selbstverständlich auch noch sehr erhebliche indirekte Wirkungen des Zusammenbruchs des Fremdenverkehrs

zu verzeichnen hatte, wissen Sie alle; ich erinnere nur an den Rückgang der Einnahmen aus den Gemeindesteuern der Kurindustriellen und des Rückgangs der Abgabe, die die Wirtschafteinnahmen des Verbrauchs an Gas und Elektrizität in den Kurbetrieben...

Auch Unternehmungen, die im wesentlichen der Initiative der Kurinteressenten unter erheblicher Kapitalbeteiligung der Stadt ihre Entstehung verdanken, haben schwerer unter der härteren Gewalt des Krieges und der Besetzung gelitten; ich nenne nur den Rennklub, dem seit Kriegsbeginn infolge Unterlassung oder nur teilweiser Genehmigung der Abhaltung von Rennen durch die zuständigen deutschen Behörden...

Es ist kein Wunder, meine Herren, wenn unter solchen Verhältnissen Ratschläge über Notbehelfe ergeht; wenn der Magistrat sich während der Besetzungszeit schon die größte Mühe gegeben hat, Erleichterungen zu erlangen...

Es ist kein Wunder, wenn die Handelskammer die Aufmerksamkeit auf die allgemein unerträgliche Lage der vielen sich in ihrem Bezirk befindlichen Kurorte lenkt, denen es nicht besser und schlechter wie Wiesbaden geht...

- 1. Die in der Verordnung vom 8. Juni 1918, betreffend die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, in § 2 zugebilligte Zahlungsfrist für Zinsen, Hypotheken usw. bis zu einem Jahre zu bemessen, damit solchen Hypothekenschuldnern, die bereits infolge ihrer Notlage am 1. Januar d. J. einen Ausfall nachgesucht haben, die Verlängerung der Frist bis zum 31. Dezember d. J. gewährt werden kann. 2. In Ergänzung des Gesetzes vom 2. März d. J. über die Vergütungen von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet unverzüglich Vorkehrungen für den Ersatz besonderer Schäden zu treffen.

Es handelt sich hier darum, daß die Vergütung für die Einquartierung fremder Truppen und Offiziere, für Requisitionen usw. zu gering bemessen sind, daß vor allem die außerordentlichen Schäden, die durch Abnutzung und Verschlechterung der herangezogenen Räume entstehen, nicht

vergütet werden, wie überhaupt bei der Bemessung der Vergütung der Schaden nicht berücksichtigt wird, der durch die Unmöglichkeit, an Gütern zu verzichten, entsteht.

Diese Angelegenheit hat auch bei dem verflochtenen Rommunallandtag eine Rolle gespielt; ich habe dort einen entsprechenden Antrag gestellt, der wohl von dem Herrn Landesoberhauptmann nach Berlin weitergegeben worden ist. Ich habe aber auch selbst den Herrn Ministerpräsidenten von der ganzen Sachlage wie überhaupt von der wirtschaftlichen Lage in Wiesbaden unterrichtet...

Sie werden, meine Herren, mir zustimmen in der Meinung, daß uns durch kleine Mittel nicht zu helfen ist. Die Schäden, die unsere Kurindustrie während des Krieges erlitten hat, sind zu groß, als daß sie den während der Besetzung eingetretenen Zustand noch lange ertragen könnte.

Hier hilft eben nur die Befreiung der Einreise aus dem unbesetzten Deutschland.

Wir haben den jetzigen Zustand getragen in dem Bewußtsein, daß eben nicht zu ändernde militärische und politische Notwendigkeiten für die Absperrung vorlagen, aber wir haben es nur tragen können in der sicheren Hoffnung auf die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit dem Friedensschluß.

Ran gebe sich keiner Täuschung hin und glaube nicht, daß es irgend eine andere Lösung gibt, wenn der wirtschaftliche Ruin Wiesbadens vermieden werden soll; auch der Gedanke, uns durch Verträge aus den alliierten Staaten und aus dem besetzten Teil Deutschlands entschädigen zu wollen, ist ein gänzlich unmöglicher. Von den 200 000 Gästen, die Wiesbaden jährlich aufsuchten, waren 180 000 Deutsche und 40 000 Ausländer. Unter den Ausländern befanden sich 1913 rund 2000 Franzosen, 9500 Russen, 8000 Holländer, 5700 Amerikaner, 5500 Engländer und 8000 Angehörige vieler anderer Staaten...

Die seitherigen Schranken müssen also fallen, wenn die wirtschaftliche Kraft der Stadt erhalten werden soll, wenn nicht Not, Elend, wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch eintreten soll.

Der Zugang nach Wiesbaden muß möglichst ungehindert aus dem unbesetzten Deutschland erfolgen können und höchstens einer leichten Pass- und Grenzkontrolle unterworfen sein; ein vom Wohnort des Reisenden ausgehender Reisepass, eventuell auch ein ärztliches Zeugnis und ein von der Wiesbadener Kurverwaltung ausgestellter Legitimationschein sollte das Kurvisum sein, was verlangt wird. Fallen die seitherigen Schranken, dann wird sich das Bild mit einem Schlag wenden; neuer Mut und frisches Leben werden wieder einziehen, das gesamte gewerbliche Leben wird wieder befruchtet werden...

Ich glaube, ich habe nun in genügender Weise diese Lebensfrage der Stadt und ihrer Erwerbsstände erörtert und darf nur noch hinzufügen,

daß auch die möglichst ungehinderte Einreise aus dem unbesetzten Deutschland von Personen, die sich in Wiesbaden einen dauernden Wohnsitz begründen wollen, sehr im Interesse der Steigerung unserer Steuerkraft liegt, vor allem so weit es sich um wohlhabende und begüterte Leute handelt. Es darf jetzt erst recht nicht unterlassen werden, eine auf die Förderung solchen Zugangs gehende Politik nach wie vor zu treiben. Die finanzielle Lage der Stadt zwingt einfach dazu; dazu kommt die an anderer Stelle schon erwähnte Tatsache, daß unsere Einkommensteuereinzüge während des Krieges eine natürliche Steigerung kaum erfahren haben, und daß ein ganz erheblicher Steuerausfall durch die schon von mir in ihrer Wirkung erörterte teilweise Vermögenskonfiskation eintreten wird...

Der Zugang nach Wiesbaden

ein guter werden wird. Zu meinem Bedauern ist die Aufnahmefähigkeit infolge der Wohnungsnot eine recht geringe, aber ich möchte es als durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegend betrachten, daß nicht wenige Fälle sich ereignen könnten, in denen wohlhabende Leute für ihre eigenen Zwecke trotz der Überführung von Wohnungen errichten lassen, was doch auch im Interesse des Baugewerbes, des Bauhandwerks und der Bauarbeiter liegen dürfte. Jedenfalls müssen auch hier Schritte getan werden, daß nach dem Friedensschluß der Einreise solcher Personen, die sich hier dauernd niederlassen wollen, Schwierigkeiten nicht in den Weg gelegt werden.

Gemäß führt das Bestreben einzelner Städte, den Zugang reicher und wohlhabender Leute zu fördern, dazu, die Verteilung des Volkseinkommens innerhalb ihres Raumes in einer Weise zu gestalten, die starke Gegensätze in den Lebensbedingungen der einzelnen Klassen ihrer Bevölkerung hervorbringt. Man kann dieser nicht zu verhindern und in der Natur der Sache liegenden Erscheinung aber eine durchaus vermeidende Rote geben, wenn man sich Mühe gibt, durch vermehrte soziale der Allgemeinheit zugute kommende Einrichtungen die nötigen

Wegenwirkung zu erzielen, und wenn man sich bestrebt, mehr Kultur und Bildung ins Volk zu tragen durch vermehrte Ausnutzung der hierfür bestehenden Einrichtungen für weitere Kreise, als die es waren, denen sie seither zugute gekommen sind. Als man noch kein politisches Interesse an der Behauptung hatte, daß die Deutschen das schlechteste Volk der Erde seien, hat der englische Minister Lloyd George die deutsche Arbeiterschutzeschgebung und die deutschen Einrichtungen für Kultur und Bildung das herrlichste Geschenk genannt, das das deutsche Volk den Völkern der Erde gegeben habe; heute geht die schwere Sorge durch die leitenden Kreise, daß diese Einrichtungen verflümmert werden wegen der ungeheuren von uns zu tragenden finanziellen Lasten. Niemand weiß, wohin der Weg auf diesen Gebieten führen wird unter den unerträglichen Verhältnissen, denen unsere Zukunft entgegensteht, nur weiß ich, daß die deutschen Städte von sich aus beitragen müssen, ihre eigenen Einrichtungen zu erhalten und zu fördern. Und wenn man auch unter diesem Gesichtspunkt die Absicht, alles für den Zug zu reicher und wohlhabender Leute zu tun und damit die wirtschaftliche und steuerliche Leistungsfähigkeit der Stadt in schweren Zeiten zu heilen, betrachtet, wird man sie für eine selbstverständliche, gute und nützliche halten müssen, ganz abgesehen von der außerordentlichen Befruchtung des gesamten wirtschaftlichen Lebens, die die Zunahme der wirtschaftlichen und Steuerkraft, die mit dem Zugzug wohlhabender Leute gegeben ist, naturgemäß nach sich ziehen muß. Jedenfalls wird sich die Stadtverwaltung mehr denn je bemühen, dieses Interesse zu verfolgen, und sie hofft auf das dringendste, daß Schwierigkeiten infolge der Besetzung hier nicht eintreten werden. Zahlreiche Besuche auf Einzelreisen liegen vor, die während der Besetzungszeit nicht genehmigt werden konnten; wir hoffen nunmehr auf Aufhebung der Schranken, die der Genehmigung seither im Wege standen.

**Wir wollen und nunmehr zu den Interessen wenden, die Handwerk und Industrie**

machen. Ich habe es mir in den letzten Jahren immer mehr angelegen sein lassen, engere Fühlung zu nehmen mit diesen Organen, um Hand in Hand mit ihnen die Interessen, die sie vertreten, zu fördern und zu pflegen. Das wird in den schwereren Tagen, denen wir entgegengehen, um so notwendiger sein. Ich danke der Handelskammer und der Handwerkskammer, insbesondere dem Syndikus Dr. Otto und Syndikus Schröder für das große Entgegenkommen, das ich jederzeit gefunden habe.

Auch das Handwerk hat schwere Tage. Der Mangel an Aufträgen und die erhöhten Erzeugungskosten infolge der erhöhten Löhne und Materialpreise machen ihm schwer zu schaffen. Um so schwerer machte sich geltend, daß seit Anfang Mai sich außerordentliche Schwierigkeiten der unbehinderten Einfuhr von Rohstoffen aus dem unbesetzten Deutschland entgegenstellten. Große Mengen von Rohstoffen, die dem unbesetzten Deutschland zur Verfügung standen, konnten für das deutsche Handwerk, das in vielen Betrieben ohne solche Stoffe war, nicht herbeigeholt werden; außerordentlich hat das Handwerk gelitten unter dem Mangel eines ungehinderten Reisens, Telefon- und Telegrammverkehrs. Mit Recht weist die Handelskammer darauf hin, daß die Handelskraft im unbesetzten Deutschland verloren ginge, daß die Beschränkung des Reiseverkehrs mit dem unbesetzten Deutschland den Verkehr mit Handelskraft und Lieferant hindere, was äußerst nachteilig sei; ohne den regelmäßigen persönlichen Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet und mit dem von Amerika und England besetzten Teil Deutschlands könne das Handwerk nicht zu sich kommen.

Gerne erkennt die Handelskammer in einer vor acht Tagen eingegangenen Anordnung hierzu an, daß ja gewiß manche recht wertvolle Einrichtungen während der Besetzung gegeben worden seien, daß aber schließlich

der ungehinderte Verkehr nach dem unbesetzten Deutschland das einzige Mittel sei, die wirtschaftliche Kraft von Handwerk und Industrie wieder aufzurichten und das geschäftliche Leben wieder in Gang zu bringen.

Die Handelskammer hofft besonders, daß ein ungehinderter Verkehr von Waren und Rohstoffen von und nach dem unbesetzten Gebiet gestattet werden möge, und die Erleichterungen bezüglich der Einfuhr, die bis zu Anfang Mai bestanden haben, möglichst umgehend wiederhergestellt werden.

Der Wirtschaftsrat Rangin für das besetzte Gebiet, dem die Handelskammer Wiesbaden ja angehört, ist sofortig beauftragt, Erleichterungen zu erhalten, und es scheint nach der Meinung der Handelskammer, daß in den allerersten Tagen wesentliche Erleichterungen hinsichtlich der Einfuhr von Rohmaterialien, Halbfabrikaten, Arzneiwaren aus dem unbesetzten Gebiete eintreten werden; desgleichen erhofft die Handelskammer im dringenden Interesse des gesamten Wirtschaftslebens die unbedingt nötige Freigabe des Telegramm- und Telefonverkehrs, des Postverkehrs wie des Abrechnungswesens mit dem unbesetzten Deutschland, wie die Kammer überhaupt auf dem Standpunkt steht, daß — bei aller Anerkennung des Wertes eines vermehrten Handelsverkehrs mit Frankreich — die alten Beziehungen von Handel und Verkehr des besetzten und unbesetzten Deutschlands (ganz abgesehen von der allgemeinen Anknüpfung der zur Verfügung stehenden Waren, Materialien und Rohstoffen) so wenig entbehrt werden dürfen, daß bei weiter andauernder Sperre und Beschränkung dem Wiederaufblühen von Handwerk und Industrie die erheblichsten Schwierigkeiten entstehen müßten. Aber auch hier hegt die Handelskammer als Folge des Friedensschlusses den Wunsch, daß die alten Beziehungen wiederhergestellt werden.

Genau auf dem gleichen Standpunkt steht der Verband Wiesbadener Industrieller, der noch vor kurzem dem Magistrat die dringende Bitte unterbreitet hat, bei den französischen Behörden dahin wirken zu wollen, daß der Wiesbadener Industrie die Weiterführung ihrer Betriebe durch unbeschränkte Ausfuhrmöglichkeit nach dem unbesetzten Deutschland und nach den neutralen Ländern ermöglicht wird. Der Verband weist in seinem vom 31. Mai datierten Schreiben auf die außerordentlich schwierige Lage hin, in der sich die Wiesbadener Industrie befindet. Die Ausfuhr der Fabrikate sei fast völlig unterbrochen; es müsse mit erheblichem Finanzaufwand auf Lager gearbeitet werden, so weit das die eingehenden Meterleistungen gestatteten; ein Teil der Firmen müsse schrittweise kassieren, teils mit wechselweisem Ausgeben der Arbeiter die Betriebe notdürftig aufrecht erhalten. Dieser Zustand sei insofern für die Höhe der Produktion wie für die Arbeitsfreude der Arbeiter auf die Dauer nicht erträglich; Bisherzeiten könnten bei dem Verlaß nach dem unbesetzten Deutschland ohne Rücksicht der Unmöglichkeit der Ausfuherlaubnis nicht eingehalten werden; Aufträge aus den neutralen Ländern seien deshalb kaum zu erhalten. So ginge die Handelskraft des unbesetzten Gebiets allmählich verloren, der Erfolg jahrelanger Tätigkeit und die Erhaltung der Betriebe sei dadurch in Frage gestellt.

Es könnten ferner die nach dem unbesetzten Deutschland erteilten Bewilligungen zum Teil gar nicht, zum Teil nur unter großen Verzögerungen zur Ausführung gelangen. So kommt der Verband zu dem bitteren Schluß, daß die meisten Wiesbadener Industrieunternehmen ohne Rücksicht auf fer-

tiggestellte nach dem unbesetzten Deutschland nicht ausführbare Waren erleiden, und daß sie die hohen Arbeitslöhne auf die Dauer nicht zahlen können, ohne daß durch ungehinderten Absatz der Ware reize Geldmittel zugeführt werden. Schon aus diesem Grund wird eine Anzahl der Firmen gezwungen sein, einen Teil der Arbeiter zu entlassen oder die Betriebe vollständig stillzulegen, falls Ausfuhrmöglichkeiten nicht in aller Kürze geschaffen werden. Also auch hier klingt das Wort, Schaffung der allen Ausfuhr- und Einfuhrmöglichkeiten, da diese Möglichkeiten durch Frankreich und Belgien nicht ersetzt werden können.

Wie Sie aus diesen Ausführungen ersehen, war die wirtschaftliche Lage von Handwerk und Industrie in den vergangenen Wochen, ganz besonders seit Anfang der Besetzung, in Folge der damals erlassenen erschwerenden Bestimmungen besonders schwer. Zu meiner großen Freude kann ich indes feststellen, daß wenigstens

**nach einer Richtung eine Besserung**

in den letzten Tagen eingetreten ist; wenigstens ist am Dienstag dieser Woche eine Veröffentlichung des Weinger Wirtschaftsdirektors erschienen, nach der die Industrie und das Handwerk Rohstoffe, die für sie unentbehrlich sind, aus dem unbesetzten Deutschland ohne besondere Genehmigung einführen dürfen. Selbstverständlich handelt es sich hier um eine wesentliche Erleichterung; leider ist der gleiche Vorteil dem Handel nicht zuteil geworden; er ist bei der Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland noch wie vor an Genehmigung gebunden; nur die Industriellen und die Handwerker können für sich und ihre Betriebe unbedingt notwendige Rohstoffe einführen.

Vor allem aber fehlt es noch wie vor an der Erlaubnis, die hier festgestellten Fabrikate nach dem unbesetzten Deutschland ausführen zu dürfen. Das ist natürlich die unbedingt voraussetzende für eine geregelte mit dem nötigen Gewinn arbeitende Produktion, da die Ausfuhrmöglichkeiten nach den alliierten Ländern einen Erfolg nicht bilden können; auch lasten die nach bestehenden Erleichterungen des Post- und Reiseverkehrs, des Telefon- und Telegrammverkehrs wie auch die scharfen Bestimmungen auf das allerschwerste auf den Lebensmöglichkeiten von Handwerk und Industrie.

Wir wollen im Interesse von Handwerk und Industrie die Hoffnung aussprechen, daß es mit dem Friedensschluß gelingen möge, diesen schwer bedrängten und um ihre Existenz kämpfenden wirtschaftlichen Faktoren unserer schwer geschädigten Stadt die erhöhten Erleichterungen zu bringen.

Die geschätzten Verhältnisse haben natürlich die Unmöglichkeit mit sich gebracht,

**der Arbeitslosigkeit**

Serr zu werden; nur- und Fremdenindustrie, Handwerk und Industrie können natürlich die früher beschäftigte Zahl von Arbeitern nicht mehr unterbringen, ganz abgesehen von den geschwundenen Löhnen. Es sind immer noch, wie an anderer Stelle bemerkt, 159 weibliche und 2260 männliche Arbeitslose nach der Meldung des Arbeitsamts vom 21. Juni vorhanden, und es würde zur Befriedigung der politischen Verhältnisse, zur Ruhe und Ordnung wesentlich beitragen, wenn es mit der schnellen Wiederaufrichtung unserer Erwerbstätigen gelänge die Arbeitslosigkeit wesentlich zu vermindern. Wenn man weiß, daß allein die Textilindustrie im Frieden nahezu 4000 Angestellte hatte, während sie heute nur mit dem dritten Teil arbeitet, wenn man nicht vergißt den von Handelskammer und Handwerkskammer ganz besonders hervorgehobenen Einfluß auf Handwerk und Industrie bei reichlichem Fremdenverkehr und wiederkehrender dauernder Ansiedlung von aus dem unbesetzten Gebiet hierherziehender und sich einen Wohnsitz begründender Familien; und wenn man schließlich die übrigen Momente nicht vergißt, die für Handwerk und Industrie aus der Öffnung der Grenzen nach dem unbesetzten Gebiet entspringen, so wird man zugeben müssen, daß sich bei der Erfüllung unserer Wünsche hinsichtlich der Verminderung der Arbeitslosigkeit eröffnen, die für die durch die Arbeitslosigkeit Betroffenen außerordentlich erfreulich wären, ganz abgesehen von der wesentlichen Verminderung der großen öffentlichen Lasten, die die Arbeitslosigkeit durch Erwerbslosensfürsorge und Kostenträgen der Stadt gebracht haben. Abgesehen würde auch auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit mancher Erfolg erzielt werden können, wenn eben die Sperre nach dem unbesetzten Deutschland fällt, und man sich, der ohne Arbeit und Stelle ist, außerhalb Wiesbadens Beschäftigung finden könnte. Die französische Behörde würde sich hier des Dankes der arbeitenden Bevölkerung versichert halten können, ebenso wie sie dankbare Empfindungen hegen wird, wenn sie einen weiteren Teil der beschlagnahmten, aus Speeresbeständen stammenden Kleider und Schuhwaren freigelegt zu Gunsten der Bevölkerung. Es liegt ein Notstand schimmster Art vor, die Stadt ist nicht in der Lage, hier zu helfen, und es kommt vor allem auch darauf an, so möglichst billigen Preisen Kleider und Schuhe zur Verfügung zu stellen; und was die im großen Umfang noch bestehende Arbeitslosigkeit betrifft, an deren Befreiung ja auch die französische Behörde ein Interesse haben muß, so kann auch hier die französische Behörde den Vorstellungen der Stadt eine entscheidende Hilfe zuteil werden lassen, wenn sie aus der Saar für alle gewerblichen, handwerklichen und industriellen Betriebe Kohle liefert, damit diese Betriebe wieder voll in Gang gesetzt werden können. Man soll dabei nicht vergessen, daß das Ausbreiten, selbst wenn wieder völlig geordnete Zustände dort eintreten, den Ausfall der Sozialkosten für Deutschland bedeuten muß und daß deshalb die allergrößten Schwierigkeiten in der Bekämpfung eintreten müssen. Auch dieser Wunsch liegt im Sinne der Beirathenden, die auf Erhaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft unserer Stadt hinwirken und — wie ich später ausführte — auch im eigenen Interesse des französischen Staats liegen dürfen.

Das alles mußte einmal in öffentlicher Sitzung der Gemeindevertretung verhandelt werden, denn es geht jetzt um den Wiederaufbau und die wirtschaftliche und finanzielle Kraft der Gewerbetreibenden und der arbeitenden Bevölkerung, also um Interessen, deren Schutz und Pflege einer der vornehmsten Aufgaben der städtischen Verwaltung ist, ganz abgesehen von dem Zusammenhang zwischen diesen Interessen mit denen des städtischen Haushalts, in dem sich das Sinken der wirtschaftlichen Kraft der erwerbstätigen Bevölkerung sofort geltend macht und ein Verlegen der wirtschaftlichen Kraft der Bevölkerung schließlich zur Unmöglichkeit der Aufgaben der städtischen Verwaltung führen muß. Was nur- und Fremdenindustrie anbelangt, würde ja auch der französische Handel die Gelegenheit zu einem glänzenden Absatz von Lebensmitteln und Waren, da Deutschland selbst ja zurzeit Rohstoffe nicht liefern kann. Und ich füge hinzu: Wie schwer es auch sein mag, die gesamte eigentliche deutsche Industrie mit Rohstoffen zu versorgen und sie wieder in Gang zu bringen, so verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten stellen sich der Wiederherstellung der nur- und Industrie entgegen, die nach Herstellung des gesamten wirtschaftlichen Verkehrs Deutschlands mit der Welt gerade die

Nahrungsmittel es sind, die in genügender Menge zu beschaffen sind, ohne das Interesse der übrigen Bevölkerung an der Rohstoffmittleinfuhr zu schädigen.

Um die Materie, die ich behandle, ganz zu erschöpfen, möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß nach mir zugegangenen Mitteilungen die französische Behörde die Absicht hat, die Einfuhr französischer Waren und Fabrikate, wie überhaupt den Handelsverkehr mit Frankreich zu fördern.

Man darf wohl überzeugt sein, daß Frankreich wesentliche Vorteile aus dieser Einrichtung ziehen wird, wenn man den Warenhunger bedenkt, der auch in den besetzten Gebieten noch herrscht, und wenn man den Vorteil nicht vergißt, den die Weltadifferenz dem französischen Händler und Produzenten bietet. Gerade deshalb möchte ich aber dringend hoffen, daß wenn dieser Gedanke zur Ausführung kommen sollte, auch die Wünsche, die ich heute als Vertreter der Stadt für die nur- und Fremdenindustrie, für Handwerk und Gewerbe, für den Verband Wiesbadener Industrieller und für die Arbeiter wegen der Verminderung der Arbeitslosigkeit vorgebracht habe, ungehinderte Berücksichtigung finden werden. Ohne die Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Stadt — einer Stadt von eigenartig zusammengesetztem wirtschaftlichem Charakter — werden auch die französischen Interessen empfindlich zu leiden haben. Ich rede hier selbstverständlich nur von den wirtschaftlichen Interessen; ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ein Erfolg für die wirtschaftlichen Interessen, die eine Stadt von dem Charakter Wiesbadens an dem freien Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland hat, unmöglich ist; die Weiterdauer des seitherigen Zustandes würde die erwerbstätige Bevölkerung in eine unmögliche Lage bringen; sie würde wirtschaftlich verflümmern und nicht imstande sein, die unerblicklichen hohen steuerlichen Verpflichtungen zu erfüllen, die Reich und Gemeinde in Zukunft verlangen werden. Die internationalisierte Kommission, die über das besetzte Gebiet zu richten hat, kann nicht das geringste Interesse an einem weiteren Nachgang unserer durch den Krieg furchtbar geschädigten wirtschaftlichen Kraft und Leistungsfähigkeit haben, im Gegenteil; die Bedingungen des Friedensvertrags, deren Erfüllung die alliierten Mächte offenbar für möglich halten, ergeben für diese Mächte die gebietliche Notwendigkeit, alles zu tun, damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Erwerbstätigen erhalten bleibt; der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch der deutschen Städte und der deutschen Industrie würde tiefe feindlichen Länder, die ja selbst in schwerer finanzieller Not sein werden, in schwere Nöte bringen. Ganz Europa befindet sich nach diesem Krieg, der die Herrschaft von Milliarden von Werten und Gütern, von Millionen von Menschenleben und über 1000 Milliarden Kriegskosten gebracht hat, in einem Zustand fruchtbarer Verwundung und völliger wirtschaftlicher Erschöpfung. Das gewaltige russische Reich, Österreich-Ungarn und Deutschland sind vollkommen zusammengebrochen. Diese Mächte befinden sich in der Lage von Schuldnern, die von den Gläubigern gelohnt werden müssen, wenn die Gläubiger nicht selbst zusammenbrechen sollen. Und Deutschland ist vielleicht, wenn es wieder gefunden, das Land, das am ersten wieder aufsteht, wenn ihm geholfen wird von denen, die so ungeheure Forderungen an seine Wirtschaftskraft im Friedensvertrag gestellt haben.

Auch Wiesbaden muß als deutsche Stadt beitragen zu der Arbeit des Friedens und des Staats und zu der Erfüllung der diesen auferlegten Verpflichtungen und zur Lösung seiner eigenen finanziellen und wirtschaftlichen Krise. Und das kann die Stadt nur, wenn ihre wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nicht verflücht. Es steht aber unabweisbar fest, daß sie versagen muß, wenn der ungehinderte Verkehr von Waren- und Rohstoffenverkehr nach Deutschland nicht wiederhergestellt wird, und so ergeben sich die Konsequenzen für die internationalisierte Kommission und die französischen Behörden auf deren Einsicht und Wohlwollen wir besonders angewiesen sind, von selbst.

Da die beiderseitigen Interessen sich entgegenkommen, gebe ich mich den besten Hoffnungen hin; ich verleihe keinen Moment, daß diese Hoffnungen sich nur verwirklichen, wenn der kalte und nüchterne Verstand unsere Wünsche für berechtigt erachtet; aber ich sollte meinen, daß man nicht vergessen sollte, daß es noch einer so schwierigen Zeit wie der dieses Krieges an der Zeit wäre, an das völkerverständnische Motto zu denken, an die Notwendigkeit des gemeinsamen Aufbaus Europas, das verloren und den schwersten, die ganze Welt ins Unglück stürzenden Verrätern entgegengeht, wenn auch in Zukunft die Politik der Macht die ausschlaggebende bleiben soll. Ich bin mir bewußt, daß meine in engen Kreise einer städtischen Verwaltung gesprochenen Worte in dem großen Betriebe der politischen Welt verhallen, aber ich hätte trotzdem das Bedürfnis, diese Worte auszusprechen.

Meine Herren, ich habe vor einiger Zeit die Ehre gehabt, dem Herrn Kommandierenden General der 10. französischen Armee Herrn General Rangin die schwer bedrängte Lage unserer Stadt schildern zu können; der Herr General hat sich bereit erklärt, eine Denkschrift über diese Lage entgegenzunehmen; auch hat er eine wohlwollende Prüfung unserer Wünsche in Aussicht gestellt. Es wird auch nötig sein, daß die zuständigen deutschen Behörden von unserer Lage in Kenntnis zu setzen, damit sie in Verhandlung mit den zuständigen französischen Staatsbehörden die nötigen Schritte tun; sehr erwünscht wäre es mir natürlich, wenn alle Vertreter der politischen Parteien dieses Hauses ihre Auffassung zu meiner Meinung, die auch die einstimmige Auffassung des Magistrats ist, nunmehr erklären würden. Ein gemeinsames vertretener Standpunkt würde doch sehr im Interesse unserer Sache liegen.

Meine Herren, ich bin am Schluß meiner Ausführungen angelangt; Sie haben Kenntnis genommen von dem Stand unserer Wirtschaft und unserer Finanzen; Sie haben die Folgen der finanziellen Liquidation dieses unglücklichen Krieges kennen gelernt, so weit sie sich vollzieht in dem engen Kreis der städtischen Verwaltung und der Erwerbstätigen unserer Stadt. Unsere Zukunft ist ungewiß und unsicher; es hat deshalb keinen Zweck, optimistische oder pessimistische Ausblicke in die Zukunft zu werfen.

Der Friedensvertrag wird unterzeichnet werden. Sie kennen diesen Vertrag, wir alle kennen ihn. Wir geben einer 15jährigen Besetzung entgegen, die die Ausführungen, die ich zu machen die Ehre hatte, doppelt schwer erscheinen läßt. Es ist deshalb Zeit, daß wir in einmütiger Haltung schon jetzt uns bemühen, den Weg, den wir zu gehen haben, für unsere Stadt erträglich und wirtschaftlich möglich zu gestalten; die außerordentliche Wichtigkeit der von mir erwähnten Forderung liegt es nicht zu, daß ich mich kurz fasse; ich mußte deshalb Ihre Aufmerksamkeit länger wie sonst in Anspruch nehmen. Nur nach einer kurzen Erinnerung an den 8. August 1914, an dem wir nach dem Ausbruch des Krieges zum erstenmal zusammentraten, um Beschlüsse zu fassen, wir Art und Größe unserer Forderungen. Der Oberbürgermeister der Stadt hat Ihnen damals im Auftrag des Magistrats gesagt, daß ein großer und starker Wille in ihm lebe, mit der Vinderung der Not und Sorge zu gehen bis an die äußerste Grenze unserer finanziellen Kraft.

Wiesbadener Nachrichten.

Neues Verfahren in Gnadenfachen.

Durch eine Verfügung des preussischen Justizministeriums vom 12. Juni ist die Zuständigkeit und das Verfahren in Gnadenfachen auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden. Während bisher ein an die Regierung (früher an den König) gerichteter Gnadenbesuch an den Justizminister zur Weiterbearbeitung abgegeben und von diesem an die Staatsanwaltschaft des betreffenden Gerichts das das Urteil fällte, überwiesen wurde, ist jetzt eine besondere richterliche Instanz für Gnadenfachen geschaffen worden. Früher lag die Bearbeitung der Gnadenfachen vollständig in den Händen der Staatsanwaltschaft. Der Justizminister sandte ihr ein Gnadenbesuch entweder „zum Bericht“ oder „zur Prüfung und weiteren Beraurteilung“. In ersterem Falle mußte ein Bericht an den Justizminister gemacht werden, der befürwortend oder ablehnend lauten konnte. Im letzteren Falle konnte die Staatsanwaltschaft von sich aus das Gnadenbesuch ablehnen. Die Grundidee, die für die Staatsanwaltschaft für den Bericht oder für die Ablehnung zur Verfügung stand, war lediglich die Äußerung eines untergeordneten Polizeiorgans, des Amtlichmanns. Je nachdem dieser günstig oder ungünstig sich äußerte, wurde das Gnadenbesuch befürwortet oder abgelehnt. Dieser Zustand hat sich also durch die allgemeine Befugung von Brand auf geändert. Darnach werden in jedem Landgerichtsbezirk ein oder mehrere Richter zum Beauftragten des Justizministers für Gnadenfachen bestellt für die Dauer eines Jahres. Diese Richter führen das Prädikat „Beauftragte für Gnadenfachen beim Landgericht Frankfurt“. Für diese Stellen sind Richter von besonderer Lebenserfahrung und ausgeprägtem sozialem Empfinden vorzuziehen. Ihnen können Gerichtsbeamten als Hilfsarbeiter beigeordnet werden. Diese Richter sind befugt, die Strafvollstreckung bis zur Entscheidung über ein Gnadenbesuch aufzuheben. Zu den Beauftragten treten zwei Kollegialmitglieder hinzu, nämlich erstens ein oder mehrere Rechtsanwälte, die zur ehrenamtlichen Mitwirkung bei Verhandlung von Gnadenbesuchen bereit sind und die seitens der Anwaltschaft dem Landgerichtspräsidenten namhaft zu machen sind. Es tritt zweitens hinzu der Erste Staatsanwalt. Der Beauftragte hat bei der Vorbereitung der Entscheidung über die Bewilligung oder Ablehnung eines Gnadenbesuches den Ersten Staatsanwalt und den Rechtsanwalt zu hören. Diese beiden sind in jeder Lage der Ermittlungen berechtigt, Anträge zu stellen, Vorschläge zu machen, von den Ermittlungen Kenntnis zu nehmen und im Einvernehmen mit dem Beauftragten solche auch selbst vorzunehmen. Die Beauftragten haben alle für die Beurteilung des Einzelfalles wesentliche Ermittlungen anzustellen. Sie sollen sich dabei nicht auf die Mitwirkung von Beamten (also Gemeindevorständen, Straßenscharführern, Polizeibehörden) beschränken, sondern vielmehr bei anderen Beamten auf die Anbahnung nicht beamteter Auskunftspersonen legen, um deren Benennung erforderlichenfalls geeignete berufliche, wirtschaftliche oder fürsorgeorganisatorische zu erwirken sind. Der Beauftragte kann auch die Berichte um Vornahme richterlicher Untersuchungsmaßnahmen erwirken. Der Beauftragte hat dann den Bericht zu erstatten, den früher die Staatsanwaltschaft erstattet hatte, aber nicht nur in den Fällen, in denen er ausdrücklich vom Justizminister zum Bericht aufgefordert wird, sondern in allen Fällen, in denen auch nur eine der drei bezeichneten Stellen (Rechtsanwalt, Beauftragter, Staatsanwalt) einen Gnadenbesuch befürwortet. Die Hauptbedeutung dieser Verordnung liegt darin, daß das Gnadenverfahren einer unabhängigen, richterlichen Instanz übertragen wird, die den ganzen Sachverhalt und die Akten von Grund auf nachprüfen muß. An Kraft tritt die Verordnung nach den Gerichtsferien am 10. September d. J.

Aus der Bezirksverwaltung. Ernannt sind: a) bei der Landesdirektion: Regierungsbaumeister a. D. Karl Engel mit Wirkung vom 1. Juli d. J. zum Landesbaumeister; die Bureauassistenten Reefe, Krell und Kempf mit Wirkung vom 1. April 1918 zu Assistenten; Bureauassistenten Hehn sowie die Hilfsarbeiter Thomas und Junker zu Bureauassistenten; b) bei der Kassauischen Landesbank: zu Buchhalter der Landesbankamtwärter Eismund, Gottardt, Schönberger, Girich und Richter; zum Kassierer: Kassierhilfsbeamte Deil; zu Bureauassistenten die Hilfsarbeiter Len, Gunkel und Ambron (Wägen); zu Landesbankrentanten Velde in Königstein, Stohl in Diez und Kaban in Hildesheim. Der Rentant Braun in Rüdelsheim ist als Buchhalter an die Landesbank nach Wiesbaden versetzt.

Rückkehr der Gefangenen. Der erste Gefangenentransport, und zwar aus dem Saargebiet, ist in Saarbrücken am 26. Juni eingetroffen. Andere Transporte folgen. General Mangin hat dahin den Wunsch geäußert, daß die Rückbefreiung der Gefangenen auf dem linksrheinischen Gebiet sofort stattfinden soll.

Bremte die Ausprägung von Kleinzahlungsmitteln. Schon seit einiger Zeit ist eine verstärkte Ausprägung von 1/2-Markstücken angeordnet. Man trifft jetzt häufig im Verkehr die neuen, etwas schmälere 50-Pfennigstücke, die sich äußerlich infolge geringer Weige von denen anderer Jahre doch unterscheiden, daß ihnen der Silberglanz fehlt; die Legierung ist die gleiche. Die Prägung wird in den nächsten Wochen wieder aufhören, da von den herzustellenden 16 Millionen bereits 5 Millionen fertig sind. Dagegen werden laufend zur Befriedigung des Mangels an kleiner Münze eiserne 50-Pfennigstücke und zinkene 10-Pfennigstücke geprägt. In 10-Pfennigstücken sind bereits 37 Millionen, in 50-Pfennigstücken 29 Millionen hergestellt. Infolge unferes Kupfermangels werden Kupfermünzen nicht mehr geprägt.

Paketverkehr zwischen England und Deutschland. Die kürzlich durch die Presse gegangene Notiz der „Daily News“ vom 29. Mai über die Befreiung des Board of Trade über den Versand von 5-Kilogramm-Paketen nach Deutschland ist wie folgt zu ergänzen. Pakete, die auch Kleidung und Waare enthalten dürfen, müssen Geschenke von Einzelpersonen in England an bestimmte Personen, Verwandte oder Bekannte in Deutschland sein. Die Begabung von deutscher Seite ist ausgeschlossen. Wer in England mit Angehörigen oder Freunden in Verbindung ist, von denen er Sendungen erwarten konnte, dem wird empfohlen, den Betreffenden an die einzige für den Versand aus England autorisierte Stelle: Friends Emergency Committee 27, Chancery Lane, London WC. 2, zu verweisen. Höheres teilt auf Wunsch die mit dem Weiterverkauf innerhalb Deutschlands betraute Auskunfts- und Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland, Berlin N. 24, Rönthgenplatz 3, mit.

Arbeitsgemeinschaft für Auswandererwesen. In Berlin haben sich sechzehn der anerkannten Vereine und Gesellschaften, die sich mit dem Auswandererwesen befassen, zu einer Arbeitsgemeinschaft für Auswandererwesen zusammengeschlossen und als Vorwortverein die Vereinigung für Deutsche Sielung und Wanderung, Berlin W. 85, Am Karlsbad 29, 2. Fernsprecher: Bismarck 8701 (Telegraphenadresse: Deutsche Sielung Berlin) bestellt. Vorsitzender dieser Vereinigung ist Erzbischof Staatssekretär a. D. v. Lindemann. Geschäftsführer ist Dr. Forst.

Es wird keiner unter Ihnen sein, der heute im Rückblick auf die hinter sich liegende längere Zeit von nahezu 6 Jahren nicht zugeben möchte, daß dieses Wort in Ehren gehalten wurde, daß wir tatsächlich reagen sind bis an die äußerste Grenze unserer finanziellen Kraft. Nahezu 6 Jahre der Schwersten und oft unaufrichtesten Arbeit liegen hinter uns; auch Sie, meine Herren, haben es schwer gehabt; auch Sie, die Sie die Tätigkeit der Verwaltung am besten beurteilen konnten, haben mit mander Verknennung zu kämpfen gehabt. Lassen Sie sich dessen nicht bedrücken; Ihre Arbeit war gewidmet der treuen Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Vaterland; ich bitte Sie, den aufrichtigen Dank des Magistrats für Ihre selbstlose Arbeit entgegenzunehmen zu wollen. Ich bitte, mir nur noch gestatten zu wollen, daß ich meine Ausführungen schließe mit tiefem Dank an alle die, die für und gekämpft, die der Übermacht einer ganzen Welt standgehalten haben in einem über 4 Jahre dauernden grauenhaften Krieg; ich gedenke auch derer, die für uns gefallen sind, und bitte die Stadterordneten-Versammlung, aus den Händen des Magistrats in Kürze eine Vorlage empfangen zu wollen, die der ehrenden Erinnerung an die Gefallenen eine dauernde Stätte bereiten will. An unsere Arbeit, all unser Kampf war unfruchtbar, aber unsere Dankbarkeit wollen wir bemessen nach den Leiden und den Leistungen, die übermenschlich waren und obere Beihilfe in der Geschichte.

Die Rede des Herrn Oberbürgermeisters dauerte 11 1/2 Stunden und hinterließ häufig einen tiefen Eindruck, so daß Herr Stadterordnetenvorsteher Justizrat Sieker den Vorschlag machte, in der jetzigen Sitzung von einer Debatte ganz abzusehen, und hat, nur den Berichterstatter des Finanzausschusses hören zu wollen, im übrigen aber zur weiteren Beratung des Etats für nächsten Freitag eine neue Sitzung anzuordnen, wogegen sich kein Widerspruch erhob. Als Zeichen der vollkommenen Übereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Geheimrats Bläßing schloß er folgende

Entscheidung

vor, die einstimmig angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Die Stadterordneten-Versammlung erklärt in voller Übereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, daß die besonderen Verhältnisse Wiesbadens als einer Kur- und Fremdenstadt die schleunigste Wiederherstellung des freien Personenverkehrs mit dem unbefestigten Deutschland und die entsprechende Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Waren aller Art und Rohstoffen unbedingt erfordern, wenn nicht das früher so blühende Gemeinwesen in kürzester Zeit dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegengehen soll. Die beiden Stadterordnetenvorsteher werden beauftragt, diese Entscheidung nebst den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, von welchen beiden eine Abschrift auch der deutschen Kommission für das besetzte Gebiet übermittelt werden soll, dem Kommandierenden Herrn General der 10. französischen Armee in deutscher und französischer Sprache vorzulegen und ihn zu bitten, ihnen Gelegenheit zu geben, sie auch durch mündlichen Vortrag zu erläutern und näher zu begründen.“

Herr Stadtr. Dr. D. D. Hoff erläuterte dann als Berichterstatter des Finanzausschusses die Pläne des Haushaltsplans für 1919 und schloß dabei ebenfalls den völligen Umkehr unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie die großen Kriegskosten, von denen ein großer Teil auf Kriegstitel übernommen und auf die späteren Jahre verteilt werden müsse. Damit schloß für erste die Beratung des Etats, die, wie erwähnt, am nächsten Freitag fortgesetzt werden soll.

Am weiteren Verlauf der Sitzung dürfte zunächst die Bewilligung der Mittel für einen engeren Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplans für Kleinwohnungsbauten im Distrikt Unterswarzenberg hervorzuhelien sein, wozu Beig. Petri einige Ausführungen machte. Er betonte, daß dies der erste praktische Versuch des Magistrats sei, um die Idee der Errichtung von Siedlungshäusern zu verwirklichen, und für Arbeiter, Unbemittelte und Kinderbedürftige Kleinwohnungen zu beschaffen. Der Redner ging abschließend nicht näher auf die Frage ein, welche Gebiete sich sonst noch für die Errichtung von Siedlungshäusern eignen könnten, und gab nur eine Erläuterung über das Baugelände „Unterswarzenberg“, das unweit der Reinger Straße, nahe der elektrischen Straßenbahn liegt, östlich an der Damm der früheren hessischen Ludwigshöhe grenzt und eine Fläche von 11 Hektar umfaßt, wozu die Stadt bereits 1/2 Hektar in ihrem Besitz hat. Es ergibt sich dort die Möglichkeit, etwa 700 Ein- und Zweifamilienhäuser zu errichten. Der Plan könne aber nur dann verwirklicht werden, wenn die vom Reich in Aussicht gestellten Übertragungszuschüsse, welche vom Magistrat bereits seit einiger Zeit an zuständiger Stelle angemeldet seien, gewährt würden. — Stadtr. H. Müller gibt zu bedenken, daß in den Arbeiterkreisen Verärmutung und Enttäufung darüber laut geworden sei, weil man mit diesem zu Siedlungsgeländen nur wenig geeigneten Gelände vorlieb nehmen solle. Wenn man schon Arbeiterwohnstätten bauen wolle, sollte dies in unmittelbarer Nähe des Waldes geschehen. — Auf Vorschlag des Stadterordnetenvorstehers Justizrats Sieker wird die Vorlage dem Bauausschuh überwiesen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung

fanden rasche Erledigung. Die beantragte Bewilligung von 1000 M. für Heudruck einer Holzhalle auf dem Gelände des Armenarbeitshauses an der Reinger Straße, worüber für den Bauausschuh Stadtr. Hansahn berichtet, geschloß einstimmig. — Ebenso erfolgt ohne Widerspruch die Bewilligung des Herrn Apothekers Siegfried Blum als Beauftragter und der Herren Architekt Wegand L. Rentner, Fritz Machenheimer und Kaufmann Karl Hoppe zu Armenpfliegern. — Dem Handwerksrat soll ein Zuschuß von 1000 M. bewilligt werden, worüber jedoch erst der Finanzausschuh zu befinden hat. — Der Ankauf eines Grundstücks im Distrikt „Kanonentritt“ wird dem Bauausschuh überwiesen, ebenso die Nachbewilligung von 7300 M. für Einrichtung einer Werkstätte für Bau- und Kunstschloffer in der hiesigen Gewerbeschule. Mit der Errichtung einer hauptamtlichen Lehrerinnenstelle an der gewerblichen Fortbildungsschule hat sich zunächst der Organisationsausschuh zu befassen und die Vorlage der Jahresrechnungen der Hauptverwaltung und der Wasser- und Lichtwerke für das Jahr 1918 wird dem Finanzausschuh überwiesen. Damit hatte die beschwäufte Sitzung um 12 1/2 Uhr ihr Ende erreicht.

Der Postverkehr mit der Provinz Posen. Der unmittelbare Postverkehr mit dem von den Polen besetzten Teil der Provinz Posen mußte infolge der gewaltsamen Unterbrechung der deutschen Eisenbahnlinien nach diesem Gebiet seit 23. Mai eingestellt werden. Seit dieser Zeit waren vereinzelt Briefsendungen aus Posen auf dem Wege über Warschau-Bien nach Deutschland gelangt. Die Anregung des Reichspostministeriums, diesen Weg allgemein für die deutsche Post nach Posen freizugeben, ist an dem Widerspruch der polnischen Postverwaltung in Warschau gescheitert, die ihrerseits die Weiterleitung der deutschen Post nach Posen verweigert. Das von den Polen besetzte preussische Gebiet bleibt daher bis auf weiteres von jedem Postverkehr mit Deutschland ausgeschlossen.

Die Neuordnung der Lehrerbildung bildet seit der politischen Umwälzung den Gegenstand eifriger Erörterung der Lehrerschaft, wie sich denn auch kürzlich die preussische Landesversammlung mit diesbezüglichen Anträgen zu befassen hatte. Ein solcher Antrag, der das weitgehendste Interesse beanspruchen dürfte und vom Unterrichtsministerium angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Die verfassungsmäßig bestehende Landesversammlung wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, folgende Maßnahmen zu treffen: 1. Die hiesigen Volkshochschulen erwerben sich ihre Allgemeinbildung auf einer höheren Lehranstalt. Zu den bestehenden höheren Lehranstalten tritt Ostern 1920 als gleichberechtigt eine neu zu errichtende höhere Schule auf ausweichender deutscher Grundlage, die sich auf der Volkshochschule aufbaut. 2. Die Hochbildung erfolgt auf besonders pädagogischen Hochschulen oder auf den bestehenden Hochschulen. In allen Universitäten sind Lehrstühle für Pädagogik einzurichten. 3. Pädagogik vom Herbst d. J. ab, spätestens vom 1. April 1920 ab finden keine Aufnahmen in Präparandenstellen mehr statt. 4. Die bisher auf dem Seminar vorbereiteten Lehrer sind nach mehrjähriger praktischer Tätigkeit an der Volkshochschule zum Universitätsstudium zugelassen mit dem Ziel, eine Prüfung für den Lehrerbildungs-, Schulverwaltungs- und Schulaufsichtsdienst abzulegen. Die Zulassung zur Doktorpromotion und zur Staatsprüfung für das höhere Lehrfach sind ihnen zu ermöglichen. 5. Vorstehende Maßnahmen beziehen sich auch auf die Ausbildung von Lehrerinnen.“

Der Name „Frau“ für Ledige gestattet. Der preussische Minister des Innern hat aus Anlaß eines Einzelfalles folgende Verfügung vom 18. Juni 1919 erlassen: Die Bezeichnung „Frau“ für eine Angehörige des weiblichen Geschlechts ist nicht gleichbedeutend mit „Gefrau“. Sie ist weder eine Personenstandsbezeichnung, noch ein Teil des Namens, noch ein Titel, der verliehen werden müßte oder könnte. Es kann jedoch auch keiner ledigen Frau verwehrt werden, sich Frau zu nennen. Die Verfügung des Ministers des Innern vom 31. Juli 1880, die der entgegengegesetzten Ansicht Ausdruck gab, und die darauf gestützte Praxis, wonach die Bezeichnung als Titel oder königliche Günstbezeichnung verstanden wurde, erhebt sich eines Rechtsgrundes und entspricht nicht den heutigen Lebensverhältnissen und Tatsachen. Ich werde deshalb diese Verfügung nicht mehr anwenden lassen.

Berichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Kassauisches Landtheater. Wie alljährlich, veranstaltet das Landtheater auch in diesem Jahre, wie aus dem Spielplan ersichtlich ist, mit Erfolg die Spielzeit eine Reihe von vollständigen Vorstellungen. Es gelten folgende Eintrittspreise: 1. Rang 2.00 M., 2. Rang 1.50 M., 3. Rang 1.00 M., 1. Platz Orchesterloge 2.00 M., 1. Platz Parterre 2.00 M., 1. Platz 2. Rangloge 1.00 M., 1. Platz 2. Rangloge 2. Reihe und 3., 4. und 5. Reihe Mitte 1.00 M., 1. Platz 2. Rangloge 3. und 5. Reihe Mitte 1.00 M., 1. Platz 3. Rangloge 1. Reihe und 2. Reihe Mitte 85 Pf., 1. Platz 3. Rangloge 2. Reihe Mitte und 3. und 4. Reihe 60 Pf., 1. Platz Amphitheater 60 Pf. Eine Sonderverkaufsbühne wird nur auf Plätze von 1.00 M. und höher erheben. Vorverkäufe werden nicht entgegengenommen. Die Eintrittskarten werden von Mittwoch, den 2. Juli, ab täglich von 8 bis 10 1/2 Uhr und von 11 bis 12 30 Uhr an der Theaterkasse verkauft. An der Kassenkasse gelangen nur Eintrittskarten für die Tagesvorstellungen zum Verkauf. Die Intendantur behält sich vor, die Kasse bei größerem Andrang schon früher zu öffnen. Sie erläßt sich ferner bereit, Jugend-, Arbeiter- und Beamtenkarten auszuweisen. Die Eintrittskarten können bis zum 30. Juni, schriftlich bei der Intendantur eingereicht werden. Sollten die eingereichten Vorbestellungen die Zahl der verfügbaren Plätze überschreiten, so muß eine entsprechende Kürzung der Zahl der vorbestellten Karten erfolgen. — Spielplan. Sonntag, den 29. Juni, Ab. C: „Der Rosenkavalier“. Anf. 7 1/2 Uhr. Montag, den 30. Juni, Ab. D: „Über unsere Kraft“. Anf. 7 Uhr. Dienstag, den 1. Juli, Ab. A: „Königslieder“. Anf. 6 1/2 Uhr. Mittwoch, den 2. Juli, Ab. B: vollständige Vorstellungen, 1. Abend: „Hänsel und Gretel“. Hierauf: Länze. Anf. 7 Uhr. Donnerstag, den 3. Juli, Ab. C: vollständige Vorstellungen, 2. Abend (Schüler-Vorstellung): „Die Räuber“. Anf. 6 Uhr. Freitag, den 4. Juli, Ab. C: „Der Evangelist“. Anf. 6 1/2 Uhr. Samstag, den 5. Juli, Ab. B: vollständige Vorstellungen, 3. Abend: „Die Nachtigall in Branenbo“. Anf. 7 Uhr. Sonntag, den 6. Juli, Ab. A: „Requiem“. Anf. 5 1/2 Uhr. Montag, den 7. Juli, vollständige Vorstellungen, 4. Abend: „Ethelred“ (Trauerspiel). Anf. 6 1/2 Uhr. Dienstag, den 8. Juli, vollständige Vorstellungen, 5. Abend: „Carmen“. Anf. 6 1/2 Uhr. Mittwoch, den 9. Juli, vollständige Vorstellungen, 6. Abend: „Meine Frau, die Postkutschlerin“. Anf. 7 Uhr. Donnerstag, den 10. Juli, letzte Vorstellung vor den Ferien: „Falsch“. Anf. 5 Uhr. Die Vorstellungen am 30. Juni, 1., 4., 6., 10. Juli d. J. beginnt der Vorverkauf am Sonntag den 29. Juni.

Kathaus. Das abendliche Abonnementskonzert morgen Sonntag findet als 1. Preitens und Volker-Abend statt. Bei günstiger Witterung treten an dem Abend wieder die Leuchtkontäne und der Scherker in Tätigkeit.

Kunst Museum. Die Ausstellung von Werken aus Wiesbadener Privatbesitz, die während der Monate Mai-Juni im neuen Museum hinterstanden hat, wird am Sonntag zum letzten Mal geöffnet sein. In den ersten Tagen des Juli wird die Rückführung an die Erbküher bewirkt werden, die dem Kassauischen Kunstverein in Le ungenannter Weise entgegengekommen sind. — Die städtische Galerie wird wegen Reinigung der Räume während des Monats Juli geschlossen.

Aus dem Vereinsleben.

Die Privat-Wander-Ges. „Tannhäuser“, gegründet 1912 unternimmt am Sonntag ihre 4. Wanderung nach Hahnen (Löh). Treffpunkt 9 Uhr vormittags Infanterie-Kaserne (Schillerstrasse).

Aus Provinz und Nachbarschaft.

am 27. Juni. M. 27. Juni. Morsbach Hoch hat die vor Monatsfrist durch den militärischen Verwaltung des Kreises Hildesheim, Reichsminister, verhängte Verurteilung des Landrates Dr. Krieger, des Oberbürgermeisters Jant und des Beigeordneten Drogg, sämtlich aus Dohdt, nicht nur bestätigt, sondern dahin erweitert, daß die Abigung dieser Herren von ihren Ämtern und ihre sofortige Ausweisung aus Dohdt verfügt wurde. — Wüngen, 27. Juni Gegen den früheren Leiter der Kreis-Lebensmittelliste, Bürgermeister Kilmann-Wüngen, ist bei der Regierung die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragt worden. Bei der Abgabe der Lebensmittelliste an einen anderen Herrn wurde ein Manko von 453 Zentnern Zucker festgestellt, über deren Verlust Bürgermeister Kilmann nach Angabe des Verwaltungsleiters für den Kreis Wüngen keinen einwandfreien Nachweis erbringen kann.



# KRAFT WAGEN

**PERSONEN WAGEN  
LAST- u. LIEFER WAGEN  
LASTZÜGE OMNIBUSSE**

## FAHRZEUG-FABRIK EISENACH

General-Vertretung: August Ulrich, Frankfurt/Main., Elbestraße 19.  
Fernsprecher Hansa 6413 Frankfurt a. M. F 186

**Café Waldeck**  
Herrlich gelegen.  
Im großen Saale:  
Gesellschaft A. H. O.

**Männer-Quartett „Sängerlust“.**  
Hiermit laden wir unsere Freunde und Sangesbrüder zu dem bei Mitglied-Bender im Hotel Erbsprin, am Sonntag, den 29. d. M., stattfindenden  
**gemütlichen Fröhlichoppen**  
höflichst ein. Beginn 11 Uhr. Der Vorstand.

**Kaffee Westend**  
Wellritzstraße 1.  
Täglich frische feinste Erdbear-, Stachelbear-, Himbeer- und Kirscharten,  
— ganze Sorten à 4.50 Mk. —  
Warme und Erfrischungsgetränke zu jeder Tageszeit.  
9a. Sis à Port. 50 Pf., 1/2 Port. 25 Pf.  
Bohnenkaffee mit Milch 60 Pf.

**Weinwirtschaft**  
**Zum Pfälzer Jakob**  
Morgen Sonntag:  
**Erdbeerbowle.**  
Jakob Reichert, Niedstraße 26, h. d. Waldstraße.

**Zum Taunus**  
(Lahnstraße).  
Sonntag, den 29. Juni, ab 9 Uhr vorm.:  
**Großes Preis-Kegeln und Tanz.**  
Kegeln 9 bis 8 Uhr. Tanz ab 3 Uhr.

Morgen Sonntag, 29. Juni, veranstalten wir im  
**Restaurant „Fürst Blücher“**  
unser diesjähriges

**Gartenfest**  
verbunden mit Tanz, humoristischen Vorträgen, Kinderbelustigungen wie Wurstschoppen, Wettessen usw. Getanzt wird im vorderein ausgeräumten Lokal. Bei Regenwetter findet die Veranstaltung am 6. Juli statt.  
Es ladet ergebenst ein  
Der Vorstand des Vereinsvereins Rheinstein.

**Achtung! Jung und alt, groß und klein, ladet**  
**Heils Doppel-Karussell**  
für Sonntag, den 29. Juni, in **Kambach** ein.

**Span. Orangen**  
Stück von 60 Pfg. an.  
**Messina-Zitronen**  
Stück von 35 Pfg. an, 3 Stück Mk. 1.—, solange Vorrat reicht.  
**Hermann Knapp,**  
Friedrichstraße 8.

**La Speck**  
1 Waggon heute eingetroffen.  
**Société Coloniale d'Importation**  
Wiesbaden, Herderstraße 35.

Frisch gebrannter Kaffee    Pariser Toilette-Seifen  
:: Pariser Schokoladen ::    == Sunlight-Seife ==  
offert nur an Wiederverkäufer  
**Walter Dittmann, 10 Adelheidstraße 10.**

**Ceylon-Tee**  
**Bourbon-Vanille**  
größerer Posten eingetroffen.  
Nur für Wiederverkäufer.  
**Glaser & Co.**  
Friedrichstr. 16    Telephon 746.

**la Rohrmöbelflopper, Wurzelbürsten**  
Kass, Reise- und Senfelförbe, gr. Obfbedel, 772  
graue Körbe empfiehlt  
**Karl Bender,** Korbwaren, Hellmunderstr. 46. Telephon 4776.

**Wagners**  
**Vergnügungs-Park**  
Alle Adolfshöhe.  
Den ganzen Tag geöffnet. Kaffee- und Wein-Salon.  
Oberbayern :: Belustigungen für Groß und Klein.  
Die Direktion.

**Tabak**  
Grob- u. Feinschnitt, eingetroffen. 333  
**G. M. Rösch**  
46 Webergasse 46.

**Wolle**  
in verschiedenen Preislagen offerieren  
**Société Coloniale d'Importation**  
Wiesbaden, Herderstraße 35.

**Unreine Haut.** Mahokrem gebraucht man mit bestem Erfolg gegen unreine Haut und Sommersprossen. Mahokrem fettet nicht und macht die Haut sammetweich. 600  
Alleinverkauf: **Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.**

**Vortrag**  
Sonntag und Mittwoch 8 Uhr im Vortragssaal „Am Kaiser-Friedrich-Bad 6“:  
**Gott — das Weltall — und wir.**  
Eintritt frei.

**Für die Einkochzeit!**  
**Einkochapparate**  
verzinkt und emailliert,  
**Einkochgläser**  
mit Deckel und Gummi,  
**Spargelgläser**  
**Einmachhafen**  
zum Zubinden,  
**Steinzeugtöpfe**  
braun und grau glasiert.  
**Blumenthal.**  
K98

**Korsetten.**  
Aus zugegebenen Stoffen fertige alle Arten Korsetten mit prima Zutaten (Friedensware) im eigenen Atelier.  
**Carl Goldstein,**  
Webergasse 18. 641

**Schuhwaren:**  
In Rindleder sind große Posten eingetroffen, für Herren, Damen, Knaben und Mädchen.  
Bleich- **Schuhhaus Kuhn** Wellritzstraße 11. Wellritzstraße 26.

**Goldene und silberne Uhren, Brillanten, sowie altes Gold und Silber tauscht zu realen Preisen**  
**M. Heine, Uhrmacher, Wellritzstr. 4.**

**Tannenbretter, Latten, Stangen, Buchenschnittmaterial und Parkettböden**  
liefert **W. Gail Wwe.,** Büro Wiesbaden. Telephon Nr. 84. 720

**Etwa 600 Zentner Rotsgrieß u. Britettgrieß**  
billig ab meinem Lager Westbahnhof abzugeben.  
**Rohlen-Konsum „Glüdauf“**  
Carl Ernst, Am Römertor 2.

Mehrere schwere und leichte  
**Arbeitspferde**  
stehen stets preiswert zu verkaufen!  
**Dotzheimer Straße 16.**



Gegründet 1865

# Vereinsbank Wiesbaden

Gegründet 1865

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Reichsbank-Giro-Konto. / Postscheck-Konto Nr. 250 Frankfurt a. M.

## Sparkasse.

Eigenes Geschäftsgebäude: Mauritiusstraße 7.  
Fernsprecher Nr. 560, 678 u. 854 / Telegr.-Adresse: Vereinsbank.

Geschäftszweige:

Sparkasse — Geldanlage auf Kündigung — Scheckverkehr — Vermögensverwaltung  
An- u. Verkauf von Wertpapieren — Umwechslung von Zinsscheinen u. Sorten — Stahl-  
kammer-Schrankfächer — Offene u. geschlossene Depots — Satzungsgemäße Gewährung

Aufnahme als Mitglied jederzeit. von Vorschüssen u. Krediten — Wechselverkehr.

Bereitwilligste Auskunft.

F 271

## Volksunterhaltungs-Abende.

Leitung: **Gustav Jacoby.**

Mittwoch, den 2. Juli 1919, abends 8¼ Uhr, im Festsaal der Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8

## RICHARD WAGNER-ABEND.

Leitung: **Arthur Rother.**

829

Alexander **KIPNIS.** Arthur **ROTHER.** Christian **STREIB.**

Der Vorverkauf zu volkstüml. Eintrittspreisen von Mk. 2.— (numerierte Plätze), Mk. 1.— u. Mk. 0.50 beginnt Mittwoch u. Donnerstag, den 25. u. 26. Juni, vormittags von 9—1 Uhr, an der Kasse der Turn-Gesellschaft u. ab Freitag, den 27. Juni, zu Mk. 2.20, Mk. 1.10, Mk. 0.55 bei Blumenthal & Co., Kirchgasse, Born & Schottenfels, Reisebureau L. Engel, Ernst Schellenberg, Kirchgasse, A. Stöppler, Rheinstraße.

Am 8. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, wird an Gerichtsstelle Nr. 61 das Wohnhaus mit 2 abgef. Schuppen und Hofraum, Grabenstraße 30, hier, 80 qm groß, zwangsweise versteigert. Eigentümer: Frau Kaspar Schmitt, Elise, geb. Diehl. F 223

Wiesbaden, den 24. Juni 1919.  
Das Amtsgericht, Abt. 9.

### Nachlass-Versteigerung.

Dienstag, den 1. Juli cr., nachmittags 2½ Uhr beginnend, werden in dem Saale Heleneustr. 27, dahier: 1 Piano m. St., 2 Betten, 2 Nachtschr., 1 Wascht., 1 Kleiderichrank, 1 Sekretär, 1 Bücherichrank, ein Ausrichtisch, 8 verich. Stühle, 1 Chaiselongue, zwei Sessel, 2 N. Schränkchen, 1 Libellion, 1 Küchenschrank, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Eischrank, Wandbrett, 1 gold. Ring m. Sm. u. Br., 2 gold. Armabänder m. Saph. u. Br., 2 gold. Damenuhren, 1 Paar gold. Ohrringe, Broch. u. Vorstednadeln, silb. Tablett, Kannen, Löffel, Messer u. Gabeln Wand- u. Standuhr, Rotenländer, Etogere, Bilder, Ripp- u. Aufstellhaken, Bücher (Revers Peril, Klassik u. and.), Gaslüfter, Lampen u. sonst. Haus- u. Küchengeräte öffentlich gegen Barzahlung versteigert.  
Wiesbaden, den 28. Juni 1919.  
Habermann, Gerichtsvollzieher, Wallufer Str. 12.

Versuchen Sie meinen

**wohlschmeckenden Weinessig**  
Jean Haub Nchl., Helarich Knopp  
Mühlgasse, Ecke Hätnergasse. Telefon 2190.

## Photogr. Apparate

in Holz u. Zeiß, große Ainos, kleine Motore, Dynamos, Prismen-Gläser, sowie andere Optern-Gläser kauft zu bekannt hohen Preisen

**Zimmermann**

Tel. 3253. Webergasse 25.

## Billa-Angebot.

Im Süd-Billenviertel geleg. Billa in eleganter Ausstattung, 12 Zimmer, 5 Bänf., Küche, 3 Bäder und viele Nebenräume im Keller u. a. Boden, mit allen modern. Einrichtg., Heizung, Garten — Platz für Auto-Garage vorgelesen — tadellos neu herger., mit eingeb. Möbeln im Eßz., Diele u. Salon usw. bezugsfrei, wegen plötzlicher Abreise des Bes.

preiswert zu verkaufen durch Heinrich F. Haufmann, Bankagentur Wiesbaden, Goethestr. 13. Fernspr. 6336.

Am Sonntag, den 29. Juni, sind von 1 Uhr nachm. ab nur folgende Wiesbadener Apotheken geöffnet: Bismarck-Apothek, Bismarckring 29, Dirsch-Apothek, Marktstr. 29, Launus-Apothek, Launusstr. 20, Victoria-Apothek, Albernstr. 45, u. Wilhelm-Apothek, Luisenstr. 4. Diese Apotheken versehen auch den Apotheken-Nachtdienst vom 29. Juni bis einschließl. 5. Juli von abds. 7 bis morgens 8 Uhr.

Annahme von Inseraten in alle Zeitung. D. Gies, Rheinstr. 27 (n. Hauptp.).

## Annoncen-Exped.

Ueberall zu haben.  
Da steht's!  
**Heinzelmännchen?**  
Ueberraschend wirkend. Fensterputzmittel

## Achtung für Wirte!

Fast neuen massiven Eichenichrank mit eingebautem Gramophon verl. im Auftrag d. Schulz, Mauritiusstr. 9.

## Erstkl. Ladenlokal gesucht

mögl. Wilhelmstraße  
od. ähnl. Lage, für feinstes Spezialgeschäft zu Anfang 1920. Erwünscht ist schöne Wohn-  
Etage im gleichen Hause. Umgehende Angebote, evtl. telefonisch, erbeten.

J. Bedan, Launus-Hotel.

## Berggrößerungen

Rinderaufnahmen  
Familienbilder  
Bereinsgruppen  
fertigt an

**Karl Engel**  
Photograph,  
Blücherstr. 8, 8th. St.

**Stirnneze** 40/40  
echtes Haar, St. 1.30 Mk.,  
Daubenneze, echtes Haar,  
St. 3.00 Mk. Preis für  
Klappet, Rifoladstraße 8.

**Kernseife**  
72%  
**Toilette-Seife**  
eingetroffen.

**Hch. Schmidt**  
Hermannstr. 18.

## Regelklub "Teutonia"

Sonntag, den 29. Juni, im Restaurant Teutonia, Weidstr. 30:

## Großes Preistegeln.

Anfang 10 Uhr vorm.

Kaffee, reinschmeckend

1 Pfd. 12 Mk.

Reiner amerik. Kakao

1 Pfd. 16 Mk.

Hlmbeersaft m. 65% Zuck.

Seb. Vöth, Herrngartenstr. 7. F. 4717.

Büttner & Co. Ihre

## Hühner

mit Hühner- u. Geflügel-  
saff: Sie erzielen einen  
wesentlichen Mehrertrag an  
Eiern. Saff u. frisch zu  
haben in der Bitteria-  
Drogerie, Rheinstraße 101.

## Doppelhaarneze

echt Haar (große) St. 2.15

Preis für Klappet, Rifoladstr. 8.

## Pariser Netze St. 90 Pf.

Steiner, n. Resid.-Theater.

Absolut sicherer

## Wanzentot

Mittel gegen all. Ungeziefer.

Flaschen mitbr. Kommissg.

Schmitt, Heleneustr. 11, S.

Kelbstecher bill'g zu verl.

Konrad, Daringstr. 5.

## Städt. Sparkasse Biebrich.

Fernsprech. Nr. 50 Biebrich. Postk. Frankfurt a. M. Nr. 3923.

Mündelsicher.  
Tägliche Verzinsung.  
Strengste Verschwiegenheit.

Raffenlokal:  
Biebrich, Rathausstraße 59.  
Kassensummen von 8½ bis 1½ Uhr.  
F 232

## Für Maschinenfabriken

offerieren wir

## Putzlappen

in grossen Quantitäten.

## Société Coloniale d'Importation

Wiesbaden, Herderstraße 35.

## Mieterschutz

gegenüber Mängel, für monatlich zu hohen Steigerungen, Entrechtungs-Verträgen allem Wohnungselend, 30 d Mindestbeitrag.

Treten Sie dem neuen Verein bei. — Werben Sie Mitglieder.

Es handelt sich auch um Ihren Geldbeutel! F 339

## Sich abschneiden!

Ich trete hiermit dem „Heimstätten- und Wohnungsverein“ Wiesbaden zur Wahrung meiner Interessen bei mit einem monatlichen Vereinsbeiträge in Höhe von — Pfg. (Mindestbeitrag ist 30 Pfg.) Vorläufige Angabe: Meine Wohnung kostete 1913 Mk. — jährl. — monatl. u. wurde seither um Mk. — gesteigert, neue Steigerung um Mk. — ist für — angelündigt.

Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_

## Prima Kondens. gezuckerte Vollmilch.

Hervorragende Qualität  
in größeren Posten, hier greifbar preiswert, zu verkaufen.  
Näheres: **Palast-Hotel, Zimmer 118.** Sprechzeit: Nachm. 2—5 Uhr.